

Bezugspreis:
Bieteljährlich 30.— M., monatlich 2.50.— M.
frei ins Haus, voraus zahlbar. Post-
bezug: Romanisch 10.— M., einjährig 100.—
M., halbjährlich 50.— M., vierteljährlich 25.—
M., monatlich 2.50.— M., für das Ausland bei täglich
einmal Zustellung 7.— M. Postbe-
stellungen nehmen an Oesterreich,
Ungarn, Tschecho-Slowakei, Polen,
Dänemark, Holland, Belgien, Schweden
und die Schweiz. — Eingetragene
in die Post-Zustellungs-Verzeichnisse.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Sozial und Zeit“, der Unter-
haltungsbeilage „Heimwelt“ und der
Beilage „Schöpfung und Kriegergarten“
erscheint wochentlich zweimal, Son-
tags und Montags einmal.
Telegraphisch: Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtspaltigen Anzeigenzeile
kostet 3.00 M. „Kleine Anzeigen“
das festgedruckte Wort 1.50 M. (un-
läufig zwei festgedruckte Worte), jedes
weitere Wort 1.— M. Stellengeld
und Schlafstellenanzeigen das erste
Wort 1.— M., jedes weitere Wort
20 Hg. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Familien-An-
zeigen für Abonnenten Seite 3.— M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Leitungsgeld.

Erhalten für die nächste Nummer
müssen bis 5 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Gestrichelt
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Amt Worischlag, Nr. 151 00—151 97

Freitag, den 1. April 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Amt Worischlag, Nr. 117 53—54

Die Elektriker zum Fall Sylt.

Gestern nachmittag lagte in Freys Festalen, Brunnenstraße, eine
Volksversammlung der in den Städtischen Elektrizitätswerken Be-
schäftigten, in der mit 218 gegen 87 Stimmen beschlossen wurde
als Antwort auf den gemeinen Vordanschlag
gegen Sylt und um weiteres zu verhindern, sofort
in Aktion zu treten, nachdem die Funktionäre den
Zeitpunkt festgelegt haben. Die Funktionäre werden
heute vormittag 9 Uhr zu diesem Beschlusse Stellung nehmen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung der Versammlung wurde
auf Antrag des Genossen Hammerer beschlossen, von jeder
Partei einen Delegierten zur Stadivorderordnetenversammlung zu
senden, um

über die Vermeidung Sylts

Aufklärung zu erhalten.

Der Vorsitzende Frommel (M.D.) schilderte zunächst die
Verhaftung Sylts und gab der Ansicht Ausdruck, daß Sylt sicherlich
keinen Fluchtversuch gemacht habe, sondern nach bekannten Mustern
niedergehauen sei. (Große Zustimmung.) Durch die Notiz im „Vor-
wärts“ sei die Hege gegen Sylt vorbereitet worden.

Vielhoff gab eine Schilderung des Voralles im Polizeipräsidium.
Danach sollte Sylt aus dem Zellengefängnis zum Ver-
hör geführt werden. Auf dem Wege ging er etwa 5 Schritte vor-
dem Bewachungsbeamten. Nach Angabe von Beamten des Polizei-
präsidiums soll Sylt diesen Bewachungsbeamten niederge-
schlagen haben, er soll dann eine Treppe hinaufgelaufen sein und
dabei einen Schuß empfangen haben, der von links unten nach rechts
oben gegangen sei. Die Wahrheit dieser Darstellung wird allgemein
bezweifelt, da die Gänge des Polizeipräsidiums sehr belebt waren,
so daß ein Entweichen gar nicht zu denken war. Der Polizei-
präsident Richter habe erklärt, daß die Verhaftung Sylts
durch die Kriminalpolizei im Auftrag des Kommissars für die öf-
fentliche Ordnung Weigmann geschehen sei und die Kriminalpolizei
ihm nicht unterstehe, er auch gar keine Veranlassung gehabt hätte,
S. zu verhaften.

Dieser Bericht wird durch die von der Stadivorderordneten-

sammlung zurückgekehrte Delegation bestätigt. Weiter wurde auch
mitgeteilt, daß Sylt aus dem Polizeigewahrsam entlassen und in die
Charité übergeführt worden sei, und daß durch den Rechtsanwält
Weinberg die Ueberführung in das Birkow-Krankenhaus be-
trieben werde. Sylt selbst, der bei voller Befinnung ist, soll ange-
geben haben, daß er ohne jeden Grund niedergehauen und alsdann
noch von mehreren Beamten durch Fußtritte mißhandelt worden sei.

Die Versammlung wurde gegen Schluß sehr stürmisch. Die
Kommunistin Rosa Wolffstein, die nicht zu den Städtischen Elek-
trizitätswerken gehört, hielt eine große Rede, die in der Aufforde-
rung gipfelte:

Speert den Strom für Berlin!

Ein Antrag auf Urabstimmung wurde mit 236 gegen
156 Stimmen abgelehnt. Daraus ergibt sich, daß von den circa
3000 Beschäftigten der Elektrizitätswerke nur 400 abgestimmt haben.
Ein Vertreter des Berleses Charlottenburg erklärte, daß von
diesem Werke nur 4 Delegierte anwesend seien und daß

die Belegschaft Urabstimmung fordere.

So haben die Kommunisten den noch unaufgeklärten Fall Sylt
mit großem Eifer dazu ausgenutzt, um das verglimmende Feuer der
zusammenbrechenden Bewegung aufs neue anzublasen. Die Kollegen
der Städt. Elektrizitätswerke, die auf dem Boden der freien Ge-
werkschaften stehen, werden aufgefordert, nur den Beschlüssen der
Funktionäre im Einverständnis mit der Gewerkschaftskommission
Folge zu leisten.

Der Ausschuh der Gewerkschaftskommission
Berlins und Umgegend hat sich im Besize von Vertretern
des Ortsrats des Ufa-Bundes mit dem Fall Sylt beschäftigt.
Eine Klarstellung der Angelegenheit und eine Stellungnahme kann
erst erfolgen, wenn der Ausschuh die ihm zugebilligte Untersuchungs-
möglichkeit wahrgenommen hat. Dies soll im Laufe des
heutigen Tages geschehen.

Die Wahrheit.

Paris, 31. März. (W.T.B.) Im „Peuple“ äußert sich ein Teil-
nehmer an den damaligen Verhandlungen zwischen deutschen und
französischen Arbeitern in der Wiederaufbaufrage zu den gestrigen
Behauptungen des Ministers Loucheur in der französischen Kammer:
Loucheur sei Minister gewesen, als den Deutschen, die ein Pro-
gramm vorgelegt hätten, von der französischen Regierung eine
schleunige Antwort versprochen worden sei. Diese sei nie-
mals gegeben worden. Loucheur habe die Wahrheit ge-
schminkt, die er vollkommen kenne. Alle Differenzen, über
die zwischen den französischen und den deutschen Bauarbeiter-Organis-
ationen verhandelt worden sei, hätten sich nur auf die recht-
liche Stellung bezogen, die man den Arbeitern von jenseits
des Rheins hätte geben sollen, und auf ihre Beziehungen zu ihren
heimatlichen und zu den französischen Gewerkschaftsorganisationen.
Loucheur habe also bewußt die Wahrheit entstellt. Man arbeite
jetzt mit Standhalten, in der Hoffnung, daß dadurch größere Standale
verhindert werden. Wie man auch die Wendung in der Reparations-
frage beurteilen möge, die gestrige Debatte habe gezeigt, daß der
Plan der Arbeiter nicht erstickt werden könne.

Englands drohender Kohlenstreik.

London, 31. März. (W.T.B.) Bei der gestrigen Unterredung des
Präsidenten des Handelsamtes Sir Robert Horne mit dem
Bolzugsausschuh der Bergarbeiter sprachen letztere die Bitte
aus, der Staat möge mit der Unterstützung der Kohlen-
industrie fortfahren, da diese nicht in stande sei, höhere
Löhne zu tragen, als sie die gegenwärtigen Umstände ge-
statten. Horne erwiderte, die Erfüllung dieser Bitte sei unmög-
lich. Die meisten großen Industrien befänden sich in einer ungün-
stigeren Lage als die Kohlenindustrie. Ihre Arbeiter könnten nicht
mehr nicht die früheren Löhne erhalten. Sie fänden vielmehr nicht ein-
mal Beschäftigung. Darauf erklärte die Abordnung, die Berg-
arbeitervereinigung werde heute (Donnerstag) mittennacht alle
Grubenarbeiter, einschließlich derjenigen, die die Pumpen und Ma-
schinen bedienen, abrufen. Horne erwiderte, er könne nicht
glauben, daß die Bergarbeiter ein Erlaufen der Gruben
zulassen würden, wodurch die Bergarbeiter ihren Lebensunterhalt
verlieren müßten. Er riefte an den Bolzugsausschuh das drin-
gende Ersuchen, die Wirkung einer solchen Handlungsweise für die
Bergarbeiter selbst und für das ganze Land erneut zu erwägen.
Der Bolzugsausschuh wird heute zusammentreten.

London, 31. März. (Reuter.) In Verbindung mit dem
Bergarbeiterausstand ist eine Bekanntmachung erlassen worden, durch
die der Ausnahmezustand erklärt wird.

Monarchistische Propaganda in Wien.

Wien, 31. März. (T.L.) Gestern wurden in Wien gelbe
Flugzettel verteilt, auf welchen mit schwarzen Lettern die Mon-
archisten die Bevölkerung auffordern, der legitimistischen
Partei beizutreten. In den Flugblättern heißt es, daß jeder an-
ständige Mensch ein Monarchist sein könne und daß es Aufgabe aller
ansändigen Menschen sei, Kaiser Karl nach der Kaiserstadt
Wien zurückzuführen.

Karls Abenteuer.

„Der Knabe Karl fängt an, mir fürchterlich zu werden.“
So mag über den jüngsten Streich des Habsburgers weit eher
als der Republikaner so mancher Reaktionär in Mitteleuropa
seufzen. Denn ob der Gedanke des Erbkönigs, kurzer-
hand nach Ungarn zu fahren und sein Thronrecht zu bean-
spruchen, klug war oder nicht, ob der Plan glückt oder miß-
lingt — eine Folge hat er jedenfalls: er beendet das Ber-
steckspiel, in dem sich die mitteleuropäische Reaktion bis-
her gefiel.

Der Streich Karls ist nicht der erste Rutsch seit 1918, der
gegen die republikanische Freiheit der europäischen Zentral-
staaten zielt, wohl aber der erste, der mit voller Offenheit die
Wiedererrichtung der Monarchie anstrebt. Die
Kopp-Deute vor einem Jahre waren wohl auch Monarchisten,
aber sie wagten die Monarchie nicht offen auf ihr Panier zu
schreiben. Die Horthy-Reaktion in Ungarn ging etwas
weiter: sie stellte formaljuristisch die monarchische Staatsform
in Ungarn wieder her, aber sie zögerte mit der Hauptsache,
nämlich mit der Einsetzung eines Monarchen. Ungarn
hat seit der Restauration das seltsame Gebilde einer Mon-
archie mit leerstehendem Thron, verwaltet von dem „Reichs-
verweser“ Horthy, tatsächlich regiert von der Militärdiktatur
einer durch blutige Verbrechen zusammengeschnittenen
Offiziersbande.

Ob sich diese Militärdiktatur einen Reichsverweser oder
einen Monarchen zum Haupt setzt, macht für das politische
Kräfteverhältnis in Ungarn zunächst keinen großen Unter-
schied. Durch das bolschewistische Zwischenpiel
Bela Kuns und seinem notwendigen Zusammenbruch
hatte die Reaktion sowieso freieste Hand bekommen. Aber
solange trotz des fast schrankenlosen Sieges der Reaktion die
letzte Konsequenz, die Einsetzung eines Monarchen, nicht ge-
zogen wurde, war dies Faktum ein offensichtlicher Beweis,
daß eben doch der Zeiger der Weltgeschichte sich nicht einfach
wieder auf 1914 zurückstellen läßt.

Das hat seine tieferen Gründe. Die Monarchie hat in
der Feuerprobe der großen Weltkatastrophe sich gegenüber der
Republik zweifellos als die schwächere Staatsform er-
wiesen. Beweis ist, daß die ungeheure Erschütterung wohl
zahlreiche Monarchien in Republiken umkehrte, aber
keinen Staat, der bei Kriegseintritt Republik war, zur
Monarchie werden ließ. Beweis ist ferner, daß sämtliche
durch den Krieg neugeborenen Staaten die republikanische,
nicht die monarchische Staatsform für sich erkoren.
Seit der Mitte des 18. Jahrhunderts, in der die ganze zivilisierte
Welt — mit kleinsten Ausnahmen — monarchisch war,
hat die monarchische Staatsform ständige Einbußen er-
litten, aber der jetzige Weltkrieg mit seinen Folgereinungen
bedeutete für sie die stärkste Verlustperiode seit 150 Jahren,
da drei der ältesten und am festesten fundierten Throne in
drei Großstaaten (Rußland, Deutschland, Oesterreich-Ungarn)
fast gleichzeitig zusammenbrachen.

Ganz sicher wird sich der Monarchismus von diesem
Schlag nie wieder völlig erholen, dafür spricht alle geschicht-
liche Wahrscheinlichkeit. Aber andererseits zeigt auch die Ge-
schichte, daß gerade auf die stärksten Umwälzungen noch lange
Perioden des Schwankens und der Rückschläge
zu folgen pflegen.

Der Republikanismus in Mitteleuropa hat nun zwei
sehr verschiedenartige Stützen. Die eine ist inner-
politischer Natur, sie besteht in einer durch und durch
republikanisch gesinnten, hoch entwickelten Arbeiter-
klasse, deren Macht so groß geworden ist, daß gegen sie
nicht regiert werden kann, solange sie einig ist und eine
vernünftige Politik treibt. Leider ist diese beste
Stütze der Republik allenthalben durch die bolsche-
wistische Zerreißung und Bahnsinnspolitik
empfindlich geschwächt worden. Doch bedeutet die republikanische
Arbeiterklasse in Deutschland und Deutschösterreich
trotz aller kommunistischen Bahnsinnstöße immer noch eine
erhebliche Macht, während das bolschewistische Abenteuer Bela
Kuns in Ungarn, wo die Arbeiterklasse an sich schon die
Schwächste ist, diese Stütze völlig geknickt hat. (Wehlich, wenn
auch nicht ganz so schlimm, liegen die Dinge in Bayern in
folge der Räteepifode vom Frühjahr 1919.)

So bleibt für Ungarn nur noch die zweite, die außen-
politische Stütze gegen die monarchische Reaktion übrig.
Für den ungarischen Reststaat trägt diese einen besonderen
Charakter, weil bei einer Rückkehr der Habsburger damit ge-
rechnet wird, daß die habsburgischen Ambitionen auf Wieder-
herstellung des alten österreichisch-ungarischen Gesamtstaates
neu aufleben und einen Beunruhigungsfaktor der gesamten
europäischen Politik bilden werden. Durch die Wiederkunft
der Habsburger fühlen sich daher in erster Linie die Staaten
bedroht, die aus der Austellung des alten künftigen
Staatsgebildes der Doppelmonarchie entstanden sind oder
durch sie bedeutenden Gebietzuwachs erfahren haben,
Tschechoslowakei, Südbawien, Rumänien und
Italien. Diese Staaten verbindet ein natürliches Inter-
esse, die Wiederkehr der Habsburger zu verhindern, das bereits
in der Gründung der „kleinen Entente“ Ausdruck gefunden
hat. Dieses außenpolitische Moment ist es denn wohl auch,

Deutsche Wiederaufbauangebote.

Paris, 31. März. (E.E.) Die Entente hat die Liste der
Materialien, welche Deutschland nach dem Friedensvertrage zum
Wiederaufbau liefern muß, aufgelistet. Sie umfaßt folgende Gegen-
stände: Lieferungen an Holz im Werte von 6 700 000 000 Papier-
frank, Lieferungen an Leinwand und Papier 100 000 000 Papier-
frank. An Wiederaufbaumaterialien für 1½ Milliarden,
an Materialien für Metallkonstruktionen 900 Millionen, an Guß-
eisen, Eisen und Stahl für 100 Millionen, an Blei, Zink und Alu-
minium für 30 Millionen, Vieh für 850 Millionen, Samen und
Pflanzen für 30 Millionen, zusammen für rund 13 250 000 000
Papierfrank. Es wird bemerkt, daß eine gewisse Anzahl deutscher
Angebote wegen zu hoher Preise, dann, weil sie zu spät offeriert
wurden, hauptsächlich aber, weil die offerierten Artikel der franzö-
sischen Industrie vorbehalten waren, zurückgewiesen worden sind.
Gegenwärtig prüft der französische Aufbauminister ein deutsches An-
gebot auf 450 000 Wohnungseinrichtungen im Werte
von 350 Millionen Frank. Gleichzeitig wird die Ablieferungsweise
von Holz, Vieh und Samen von dem Entschädigungsausschuh gemein-
sam mit den Vertretern der deutschen Regierung geprüft.

Loucheurs Klage.

Paris, 30. März. (W.T.B.) In seiner Rede in der Deputierten-
kammer führte Minister Loucheur aus, daß die französische Re-
gierung 14 Tage nach Unterzeichnung des Friedensvertrages eine
Bewagung der Sochoverständigen veranlaßt und daß der Vertreter
der deutschen Gewerkschaften der französischen Regierung
eine Note überreicht habe, die mindestens überraschende Klauseln
enthielt. Außer den normalen Bedingungen der Hygiene hätten die
deutschen Syndikate die unzulässige Forderung gestellt, man solle
den deutschen Arbeitern das Streikrecht gewähren und ihnen
außerdem, während die Pandbevölkerung in Frankreich in Ruinen
haufe, nicht nur Schlafzimmer und Badezimmer, sondern auch
Konversations- und Gesellschaftszimmer zusichern.
Der Generaldirektor der Bauingenieurkassen habe diese Bedingungen
1919 zurückgewiesen und die französische Regierung habe sie
aus politischen Gründen nicht annehmen können. 1921 habe eine
Verhandlung zwischen dem Allgemeinen Arbeiterverbande und dem
französischen Syndikat zu gleich unannehmbaren Bedingungen ge-
führt. Weiter sei für die deutschen Arbeiter das fran-
zösische Gewerkschaftsrecht verlangt worden. Minister
Loucheur erklärte, den deutschen Forderungen habe die französische
Regierung nicht zustimmen können.

Man habe sich bemüht, Material für den Wiederauf-
bau von Deutschland zu erhalten. Das sei an dem schlechten Willen
der deutschen Regierung gescheitert. Für fünf Milliarden Mark
habe man verlangt. Die erfolgten Lieferungen belaufen sich auf
vier Millionen Mark. Die deutsche Regierung habe immer doppelt
so hohe Preise verlangt, als im Innern Deutschlands be-
zahlt wurden. Alles, was in dieser Richtung in Deutschland gelang
würde, entspreche nicht der Wahrheit. Weder für die Befreiung der
Arbeiter, noch für die Lieferung von Materialien habe Deutschland
zum Wiederaufbau Sorge getragen.

das in erster Linie den Reichsverweser Horthy trotz seiner monarchistischen Gesinnung zum Widerstand gegen die Rückkehr Karls bewegen hat. Im Gegenzug zu der — wie gewöhnlich größenwahnsinnigen — Offizierskaste erkennt er die Gefahr, die dem jetzt so kleinen Ungarn aus einem Kriege gegen sämtliche Nachbarstaaten droht.

Aber die Gegnerschaft der kleinen Entente gegen die Rückkehr der Habsburger frant an demselben Fehler, wie die Gegnerschaft Horthys. So wenig man von Horthy einen energischen Kampf gegen die Rückkehr der Monarchie erwarten wird, da er und sein ganzer Anhang im Innern selber Monarchisten sind, so wenig Verlaß ist auf die kleine Entente mit oder ohne Italien, da von diesen nächstinteressierten Staaten nur die Tschechoslowakei Republik ist, Rumänien, Südslawien und Estland aber selber Monarchien sind, die einen prinzipiellen Kampf gegen die monarchische Restauration unmöglich führen können.

Die Bekämpfung der monarchischen Restauration durch Monarchisten ist und bleibt jedenfalls die zweifelhafteste Sache. Mit Aussicht auf Erfolg kann der Kampf gegen die monarchische Restauration nur geführt werden durch Republikaner. Hier wäre zu denken an eine Einheitsfront aller der Staaten, für welche die ungarische Restauration zum Herd einer gegen sie selbst gerichteten Restaurationsbewegung zu werden droht.

Es ist zweifellos, daß ein erster Erfolg der Monarchie in Ungarn für die Monarchisten aller mitteleuropäischen Länder einen starken Antrieb zur Nachahmung bedeuten würde. Die Bahn ist vorgezeichnet: sie führt über die Etappen Deutschösterreich und Bayern nach Norddeutschland. In einigen dieser Länder wie in Bayern ist schon sehr starke monarchistische Borarbeit geleistet, in den anderen ist seit 1918 die republikanische Front durch den kommunistischen Wahnsinn nicht unerheblich geschwächt worden. Wenn Karl von Habsburg an Bela Kun heute ein Danktelegramm schicken könnte, so können die deutschen Monarchisten nicht weniger den Urhebern des jetzigen kommunistischen Wahnsinns dafür danken, daß diese Heiden die Bahn für eine Fortpflanzung der ungarischen Restauration ganz erheblich geebnet haben.

Die Zerreißen der Arbeiterfront hat allenthalben zu einer Verschlechterung des Wahlergebnisses seit 1919 geführt. Brachten die Wahlen im Januar 1919 noch zuverlässige republikanische Mehrheiten, so hat uns im Reich die unabhängige Abstinenzpolitik eine rein bürgerliche Regierung seit 1920 beschert, und für Preußen sieht die neue Regierungsbildung zum mindesten trübselig aus. In Österreich ist gleichfalls das sozialistische Kabinett durch ein bürgerliches abgelöst worden. Der von den Kommunisten verhöhlte Stimmzettel hat sich doch als sehr große Macht erwiesen — leider für das Bürgertum, das diese Waffe besser zu schätzen und zu handhaben mußte, als die zum Teil mißleitete Arbeiterschaft.

Dennoch ist die Kraft des republikanischen Gedankens in Deutschland und in Deutschösterreich im wesentlichen noch unangebrochen. Wenn auch die Regierungen zum Teil nach rechts gegangen sind, können sie sich doch dem republikanischen Einfluß nicht entziehen. In der Tschechoslowakei verbindet sich das republikanische Interesse mit dem Interesse der Erhaltung der staatlichen Selbstständigkeit. Hier sind die Grundlagen einer Einheitsfront gegeben, an der sich die monarchistische Restaurationsbewegung brechen kann. Die Hauptvoraussetzung aber ist, daß die Arbeiterklasse durch Vermeidung der bisher gemachten Fehler die Wahlergebnisse für sich verbessert und damit zurückerobert, was ihr in den letzten Jahren an Einfluß auf die Regierung verlorengegangen ist. Ablehnung des Bolschewismus und proletarische Einheitsfront sind ebenso sichere Mittel gegen die monarchische Restauration wie der Bolschewismus der Monarchie vorarbeitet und den Boden düngt.

Militärdiktatur unter Karl?

Wien, 31. März. (N.N.) Das „Neue Wiener Tagblatt“ meldet, daß noch im Laufe des Mittwochsabend in Steiermark die Militärdiktatur für Westungarn und die übrigen Gebiete des westlichen Ungarns ausgerufen worden sei. Der aus Prag ins plötzliche zurückgetretene Erzherzog Karl habe als König von Ungarn den Oberbefehl in der Militärdiktatur übernommen und den Obersten Lehar zum Kommandierenden der Truppen ernannt. In den Kreisen der Legation, die sich zunächst scharf abweisend verhalten, ist die Stimmung umgeschlagen. Man steht jetzt auf dem Standpunkt, daß jetzt, da Karl einmal eingetroffen sei, die Angelegenheit auch zu Ende geführt werden müsse. Nach direkten Meldungen aus Budapest sollen die Verhandlungen zwischen Dr. Graf und Andrássy dahin geführt haben, daß eine Regentschaft für den Kronprinzen Otto eingesetzt werden soll. Regent soll der katholische Fürstprimas werden, dem Graf Julius Andrássy als beratender Staatsrat zur Seite steht. Oberster militärischer Befehlshaber soll Horthy werden. Wie weit diese Meldungen zutreffen, muß abgewartet werden. Die österreichische Regierung hat scharfe militärische Maßnahmen an der Grenze und in der Hauptstadt vorgenommen.

Geht er — geht er nicht?

Wien, 31. März. (W.T.B.) Wie die Politische Korrespondenz erfährt, teilte der ungarische Geschäftsträger der österreichischen Regierung mit, daß Erzherzog Karl in die Schweiz zurückkehren werde.

Wien, 31. März. (W.T.B.) Nach Mitteilungen einer Korrespondenz ist es wahrscheinlich, daß Erzherzog Karl in Steiermark zunächst den Verlauf der morgigen Sitzung der ungarischen Nationalversammlung abwarten wird.

Wußte Frankreich . . . ?

Paris, 31. März. (W.T.B.) Eine Anzahl Pariser Blätter drücken ihre Sympathie für den Erzherzog Karl und sein Unternehmen aus. „Figaro“ sagt, es sei die Angelegenheit der Ungarn, ihren König zu wählen, es sei aber keine französische Angelegenheit, einen Fürsten niederzubrüden, der immer ein Freund Frankreichs und des Friedens gewesen sei.

„Revue“ drückt sich „Gaulois“ aus. Frankreich werde, weiß es unermesslich viel, der Bewegung folgen, obwohl es eine Unterscheidung zwischen den Hohenzollern und den Habsburgern gemacht habe und ihm nicht unbekannt sei, daß Kaiser Karl und besonders Kaiserin Zita niemals seine Gegner gewesen seien.

Jacques Bainville sagt in der „Action Française“, man habe sich mit der Wiedererhebung des Schwagers Wilhelms II. zufriedengegeben, man schreie aber über den Habsburger. Bainville würde gern andere Siege sehen als den, der darin bestehe, Kaiser Karl ins Exil zu senden.

Zusammenbruch reaktionärer Heße.

Berlin, 31. März. (W.T.B.) Auf Anordnung des Reichskabinetts hatte sich eine Kommission aus Beamten des Reichsministeriums des Innern, des Reichswehrministeriums und des preussischen Ministeriums des Innern in das mitteldeutsche Aufstandsgebiet begeben, um an Ort und Stelle sich von den Ergebnissen der Polizeiaktion zu überzeugen. Ueber ihre Eindrücke ist heute in einer gemeinsamen Sitzung des Reichskabinetts und des preussischen Kabinetts Bericht erstattet worden. Die Feststellungen gingen dahin, daß die Polizei ihre Aufgabe mit der größten Hingabe und in vorzüglicher Weise gelöst hat. Die Maßnahmen, die zur Unterdrückung der Bewegung getroffen worden waren, können als völlig zweckmäßig bezeichnet werden. Sie sind so schnell und kräftig durchgeführt worden, wie es die Schwierigkeit der Aufgabe zuließ, so daß ein Einschlag von Reichswehr außer dem der Polizei beigegebenen Batterien im Aufstandsgebiet weder erforderlich war, noch, wenn keine Rückschlüsse erfolgen, fernerehin erforderlich werden wird. Zur Säuberung des Gebiets von verstreuten Bänden, zur Verhinderung neuer Zusammenrottungen und zur Feststellung und Festnahme der Schuldigen werden noch eine Reihe

von Maßnahmen erforderlich sein, die ihrer Natur nach am besten durch die Polizei gelöst werden. Die Polizei wird daher vorerst in dem Aufstandsgebiet bleiben. In einzelnen Aufstandsgebieten außerhalb des von der Polizei besetzten Gebiets wird nach Bedarf mit Reichswehr eingegriffen, so gegenwärtig in Liebenwerda. Zu diesem Zweck wird die Bereitstellung des Militärs zunächst beibehalten. Die Bevölkerung des heimgelassenen Gebiets kann daher mit Vertrauen auf eine baldige völlige Wiederkehr ruhiger und sicherer Verhältnisse rechnen.

Mit diesen Feststellungen bricht die gesamte reaktionäre Heße gegen Severing und Hürding in nichts zusammen.

Mißglückter Putz in Düsseldorf.

Düsseldorf, 31. März. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) In Düsseldorf versuchten am Donnerstag vormittag die Kommunisten ihre Generalkonferenz, die von den Düsseldorfer Arbeitern nicht beachtet wurde, mit Gewalt zur Durchführung zu bringen. Am Stadtiel Hieronsfeld zog ein Trupp von etwa 250 Kommunisten von Fabrik zu Fabrik, um durch Gewaltandrohung die Arbeiter zum Verlassen der Fabrik zu bewegen. Die Arbeiter, die der ewigen Putzereien satt sind, schickten die Kommunisten verächtlich mit blutigen Köpfen nach Hause. Nur bei einer kleinen Firma gelang es diesen, mit Gewalt die Stilllegung des Betriebes zu erzwingen. Als aber die Gips mit fünf Autos heronrückte, stoben die Putzschiffe bald auseinander. Am Nachmittag wurde in allen Betrieben wieder gearbeitet.

Mord und Totschlag im Kreise März.

Düsseldorf, 31. März. (Eig. Drahtbericht d. „Vorwärts“.) Zu lebhaften Zusammenstößen ist es nach Mitteilung des Regierungspräsidenten von Düsseldorf im Mörserbezirk gekommen. In März selbst strömten am Donnerstag vormittag etwa 1000 Kommunisten die Wohnung unseres Genossen Zimmer, der als Gewerkschaftsbeamter und Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion des Rheinischen Provinziallandtages den Kommunisten seit langem verhaßt war. Die Kommunisten zerstörten die gesamte Wohnungseinrichtung des Genossen Zimmer und mißhandelten ihn dergestalt, daß er schwer verwundet ins Krankenhaus geschafft werden mußte. Es besteht Lebensgefahr. Noch ein weiteres Opfer forderten die kommunistischen Mordbuben. Auf der Zeche Diergardt wurde ein christlicher Bergarbeiter erschossen. Der Ordnungsdienst im Mörserbezirk liegt der belgischen Militärbehörde ob. Man befürchtet im Mörserbezirk das Schlimmste. Die Kommunisten drohen mit der Zerstörung der Bergwerke und es ist nicht ausgeschlossen, daß sie diese Drohung in die Tat umsetzen.

Auf der Kruppischen Friedrich-Wilhelm-Hütte in Rheinhausen ist es am Donnerstagmorgen zu heftigen Kämpfen gekommen zwischen Kommunisten, die das Werk besetzt hielten, und Arbeitern, die zur Arbeit wollten. Die Arbeiter gingen schließlich mit Anspinnen auf die Kommunisten los und erzwangen sich den Zutritt zur Arbeitsstelle mit Gewalt. Dabei gab es 8 Verwundete. In die Schlägerei griffen schließlich belgische Soldaten ein, die die Kämpfenden auseinanderbrachten und 20 Kommunisten verhafteten. Die aus den Betrieben hinausgeworfenen Kommunisten lehrten später mit Verstärkung zurück und besetzten erneut das Werk. Zurzeit liegen alle Hütten im Mörserbezirk still.

Kommunistenverhaftungen.

München, 31. März. (W.T.B.) Unter dem Verdacht hochverräterischer Umtriebe wurden hier sieben weitere Führer der Kommunisten festgenommen.

Darmstadt, 31. März. (N.N.) In den letzten Tagen wurden durch die Darmstädter Polizei einige Leute verhaftet, die kommunistische Flugblätter verteilten. Gestern stand unter einem der ausreisenden Flugblätter die Unterschrift des kommunistischen Parteivorstandes; daraufhin wurden fünf Vorstandsmitglieder der Ortsgruppe Darmstadt der kommunistischen Partei verhaftet und das Verfahren wegen Hochverrats gegen sie eröffnet.

Papingol.

Eine Kriminalgeschichte von Theodor Thomas.

„Wer ist bei meinem Geld gewesen?“ Schneidend klangen die Worte durch das Zimmer.

Dier Menschen sahen wie versteinert vor ihren Tellern, acht Augen blickten ängstlich nach dem Bauern. Tiefe, fast beängstigende Stille herrschte im Raum. Keines sprach ein Wort.

„In dieser Schatulle waren 50 Tausendmarkscheine, jetzt sind es nur noch 21. Wo sind die anderen hingekommen, häh?“

„Aber Maa, Baiter, wer soll an dei Geld gehen? Es hat doch niemand an Schlüssel zu den Schrank, noch weniger zur Schatulle.“

„Es ist auch alles verschlossen, aber wo ist das Geld, das Geld?“

Der Bauer raste wie ein toll gewordenes Nachtauto in der Stube umher, die Augen schwoßen ihm an, er gebärdete sich wie ein Tier. Redete, prüfte, sann nach, addierte wieder, es half nichts, die achtunddreißig Braunen blieben wie von der Luft aufgesaugt. Ein Fremder konnte nicht dabei gewesen sein, Schloß und Sicherung waren unversehrt. Es war zum Tollwerden.

Natürlich konnte auch die Drispolizei nichts feststellen. Im Gegenteil, die beiden Polizisten pochten und probierten so lange umher, daß, wenn Spuren vorhanden gewesen wären, sie diese tollschrecklich vertragen hätten.

Der Bestohlene machte die Kriminalpolizei aus der nahen Hauptstadt mobil. Die Kom, stellte Fingerabdrücke her, die genau auf den Besitzer der noch vorhandenen 21 Tausendmarkscheine paßten und auf den Drispolizisten — sonst erreichten die Beamten nichts.

Ob er denn auf niemand Verdacht habe, ab sich einer durch große Geldausgaben verdächtig gemacht habe. Alles mußte der Bauer verneinen. Dann könnten sie auch nichts tun, sagten die Kriminaler und fuhren davon.

Es war zum Verzweifeln. Der Verlust dieser Summe, die der Beschädigte extra zu Hause gelassen hatte, um sich vor Abgaben zu schützen, war für ihn unerträglich. Es benahm ihm jede Lust zur Arbeit. Er wurde tiefsinnig.

Nun machte er noch einen Versuch mit einem Schreiben an die Reichsbank. Er hatte sich, wie jeder schlaue Staatsbürger, die Nummern der Braunen notiert. Vielleicht so sagte er sich, bekomme ich den Schaden ersetzt. Aber er traute seinen Augen kaum, als er von dieser Behörde folgendes Schreiben zurübekam:

Reichsbankhauptstelle. Abteilung: Papingol.

Nr. 5084. U./Uz.

Urchriftlich zurück mit dem ergebenen Bemerkten, daß Sie anscheinend unsere Bekanntmachungen im „Reichsanzeiger“ L. 51 674 nicht gelesen haben. Scheine der höheren Wertsorten werden seit langem aus Papingol hergestellt, das ist ein Pflanzenfaserstoff, der sich nach einiger Zeit dadurch von selbst auflöst, daß er mit der Luft eine chemische Verbindung eingeht. Die Beamten der öffentlichen Kassen kennen die Bewährungsfrist der Papingolscheine sehr genau,

so ziehen sie rechtzeitig aus dem Verkehr zurück, um Schädigungen des Publikums zu vermeiden. Betroffen davon werden nur solche, die wie Sie aus Gründen der Steuerhinterziehung das Geld im Strumpf aufbewahren. Dieser Privatbesitz zerfällt sich nach einiger Zeit von selbst, da die Scheine nichts zurücklassen, als eine Entspannung der Staatskassen und eine Verminderung des Papierumlaufs.

Eine Entschädigung kann in solchen Fällen laut unserer Bekanntmachung L. 51 674 nicht in Frage kommen, deshalb war Ihr Anspruch abzuweisen.

Unterschrift unserlicher.

Das Gesicht des alten Anabers zu schildern, sei uns erlassen. Man wird gut tun, nicht für Verbreitung dieser Auskunft der Reichsbankhauptstelle zu sorgen, um Papingol nicht bekannt zu machen. Es ist die erste vernünftige Erfindung auf dem Gebiete unseres Geldwesens.

Die Frühjahrsausstellung der Berliner Sezession, die gestern am Kurfürstendamm 232 eröffnet wurde, bewegt sich auf jener Mittelstraße, die im Bereich der Kunst nicht immer eine goldene ist. Das ganz Starke, Vorwärtstreibende, Zukunftschwängere fehlt ebenso wie — mit wenigen Ausnahmen — der ganz üble Kitsch. Die Stimmung des Besuchers wird nicht beflügelt, aber auch nicht niedergedrückt. Man durchwandert die Räume mit dem Gefühl: Na ja — warum nicht?

Das Hauptinteresse konzentriert sich auf ein kleines Zimmer, des rechts vom ersten Räume liegt. Hier ist eine umfangreiche Bilderfolge „Die Schöpfung“ von Willy Jaeckel ausgestellt. Sie bildet einen Teil des Babelwerks „Menschgott-Gott-Gottmensch“ und zeigt den Künstler im konsequenter Fortschreiten auf der Bahn, die er mit dem großen Gemälde „Kosmische Liebe“ auf der letzten Winterchau der Sezession nicht sehr glücklich betreten hatte. Weltentrückte Musik dämmert aus diesen technisch vollendeten Radierungen. Jedem Bilde sind Leitmotive beigegeben, aber ich gestehe, daß ich auch mit deren Hilfe nicht immer zum Verständnis der künstlerischen Absichten gelangt bin. Immerhin erleben wir hier die neue Entwicklungsphase eines ernstlichen Künstlers und man wird abwarten müssen, was aus den ersten noch etwas chaotischen Versuchen sich in Zukunft gestaltet.

Die Veranstalter der Ausstellung sind, außer Jaeckel: Deterling, Frick, Hedendorff, Kahlhoff, Kraustopf und Wastle. Ihre Arbeiten beherrschen auch räumlich das Feld. Hedendorff ist mit einigen sehr starken Landschaften, Kahlhoff und Kraustopf sind weniger prägnant vertreten. In ihren Gemälden herrscht lästige Routine, nicht frisches Erleben, und bei Kahlhoff macht sich bereits eine erstarrte Manier bemerkbar. Wastle wirkt in seinem sonst üblichen Streben nach schmieriger Farbgebung und monumentalem Linienausdruck ein wenig krampfhaft und daher nicht immer überzeugend. Was Deterling und Frick geben, ist Kunst aus dritter und vierter Hand: eine Mischung aus Chazall, Picasso und Neuruppiner Biederbogen. Man läßt besser, diese beiden Herren nicht so sehr in den Vordergrund zu stellen. Das selbe gilt, und in noch stärkerer Maße, von dem Dresdenener Otto Dix, dessen kraus- und satirische dadaistische Kapriolen nur geeignet sind, den Teil

des Publikums zu verwirren, der sich ernsthaft bemüht, in den Geist des neuen Kunststils einzudringen.

Im allgemeinen aber herrscht, wie gesagt, eine künstlerisch temperierte Atmosphäre. Weder die jurysfreie Stuttgarter Licht-Gruppe — Gertrud und Hermann Stemmler, Hans Spiegel, Gottfried Graf — noch die an sich tüchtigen Gemälde von Wastle (eine ägyptisierende „Sommererinnerung“ u. a.), der auch ein paar sehr ausdrucksvolle Holzschnitte gefandt hat, von Joseph Maria Schröder („Zwei Menschen“), Thomas King („Delbild II“) und Friedrich Wilhelm Kiefer („Der Wanderer“ und „Heimkehrender Matrose“) vermögen das Gemüt sonderlich zu erregen. Ueber dieses Durchschnittsniveau erhebt sich ein farbig sehr feines, diskretes und nuancenreiches Gemälde von Boddien und Oswald Herzogs hier empfundene, wichtig gestaltete „Bergweilung“, die weitaus beste Plastik der Ausstellung.

Als eine nachahmenswerte Neuerung ist zu buchen, daß man endlich von der kostspieligen Herstellung eines Katalogs abgesehen und jeder Arbeit den Namen des Künstlers und die Bezeichnung des Werkes beigelegt hat.

Dr. John Schikowski.

Winterkonzert im Frühling.

Die Ratte pfeift versteinert im Garten, tollmächtig brüllt der Bapernku; Herr Gotthein harzt, er kann nicht warten, das alte Lied der Steuerföcher. Natürlich soll der Arme bledzen, der Koffer bleibe ohne Quai — wie kann der Staat sich nur erschrecken zu lassen an das Kapital? Mit Dynamit und Autoritäten macht sich der Kommuniste Luft, er führt die Welt zu hohen Stützen im Pulverdampf, wenn's brennt und pufft. Auch Hergsten hört man kräftig ertönen, Graf Westorp schlägt die Kriegestrumm, sein Schwert führt in die Rudengorgeln und Schleiengerölle spielt der Mumm. Entzündigt singt der brave Kessel, füllt sich fast gänzlich blankgefegt; der Schieber selbst im weichen Sessel die fette Kehle schmahend regt. So ähzt und kräht die Nachtkapelle im deutschen Hause unbekannt — schafft einen Befehl schnell zur Stelle, damit es endlich Frühling wird!

Schiller.

Theaternachrichten. Die nächste Gastausführung der Kammertheater wird die Uraufführung von August Stramm's Drama „Kräfte“ sein. Regie: Max Reinhardt. — Schwab, Gölar und Leopoldia gelangt Mittwoch 8. April, im Deutschen Theater vor 80. Aufführung mit seiner Frau und Cella von Helmann in den Kammerrollen.

In der Triton-Aufführung am Sonntag, den 2. April, wird Kammerleiter Oskar Holz als Tristan und Frau Segrid Dregata als Brangäne gastieren. Die letztere beendet damit ihre diesmalige Gastspielreise.

Die Berliner Staatsratswahl.

Der Pflegerstreik im Hospital Buch. — Unhaltbare Zustände im Krankenhaus Moabit.

Die Stadtverordnetenversammlung begann gestern mit der Verlesung dringlicher Anträge und Anfragen, die sich auf Ereignisse der letzten Tage und Stunden bezogen, auf das Dgumitattentat in Charlottenburg und die Verwundung des verhafteten Sglt. Wütenden Lärm gab es bei der Äußerung eines Kommunisten, der sich die etwaige Zulassung von Sicherheitspolizei zum Rathaus verbat. Er wolle sich nicht unter den Schutz von Räubern und Mördern stellen, schrie er — und der Vorsteher Dr. Weyl schwieg dazu. Von der reichlichen Tagesordnung wurde wieder nicht viel erledigt. Längere Erörterungen knüpften sich hauptsächlich an mehrere Krankenpflegeangelegenheiten. Ueber den Streik im Hospital Buch, der sogar zu einem Pflegerstreik geführt hat, wurde in großer Breite verhandelt. Zu einem Kommunistenantrag wegen Neubauten im Krankenhaus Moabit konnte der Magistratsvertreter erklären, daß es nicht erst dieser Mahnung bedürfte. Die Gesundheitspflege-Deputation habe bereits den Bau einstimmig beschlossen und auch die Baupläne seien fertig, so daß Magistrat und Stadtverordnete demnächst beschließen können.

Sitzungsbericht.

Die heutige kurz nach 5 Uhr vor vollbesetztem Hause vom Vorsteher Dr. Weyl eröffnete Sitzung hat es zunächst mit mehreren dringlichen Anträgen und Anfragen zu tun. Die Wirtschaftliche Vereinigung verlangt vom Magistrat umgehend Schritte an geeigneter Stelle, um der Sicherheitspolizei und den militärischen Formationen das Uebungsschießen auf Kasernenhöfen und öffentlichen Plätzen ein für allemal zu verbieten. Dieselbe Forderung verlangt, der Magistrat solle noch heute sich darüber erklären, ob die durch das

Attentat in der Könnestraße

verursachten Schäden unter das Tumultschadengesetz fallen. — Bürgermeister Ritter: Der Magistrat hat gestern über die Frage nachgehakt. Der Sachschaden wird auf 500 000 bis 600 000 M. geschätzt. Für die geschädigten Grundbesitzer hat der Magistrat vor Schluß der Sitzung 300 000 M. zur Verfügung gestellt.

Ein Dringlichkeitsantrag Gabel-Dör und Genossen (Komm.) verlangt sofortige Maßnahmen, die jede Mißhandlung auf der Flucht, Ansehens oder Erschießen von Personen verhindern, wenn sie sich in den Händen der Berliner Polizei befinden. (Rachen rechts.) — Der Dringlichkeitsantrag wird von rechts widersprochen.

Dör (Komm.) bemerkt zur Geschäftsordnung: Am vorigen Donnerstag ist mit nach der Sitzung mitgeteilt worden, daß hier im Hause sich Sicherheitspolizisten, schwerbewaffnet, auch mit Maschinengewehren, aufgehalten haben. (Hört!) Wenn sich das bestätigt, ist das eine Verletzung der Verfassung. Wir lehnen es ab, uns unter den Schutz von Nordbrennern, Räubern und Mördern zu stellen. (Sturm der Entrüstung rechts und in der Mitte.) — Stadtrat Wegel: An der ganzen Behauptung ist kein Wort wahr. — Vorsteher: Damit ist die Angelegenheit erledigt. — v. Lindener (Dnat.) fragt den Vorsteher, ob er für zulässig hält, daß die Sicherheitspolizei ohne nähere Begründung hier als Nordbrenner usw. bezeichnet wird. — Vorsteher: Ich habe nicht die Auffassung gehabt, als ob die Sicherheitspolizei als solche mit Nordbrennern usw. identifiziert worden sei. — Dör: Nachdem die lange Kette von Ermordungen unserer Genossen heute um einen neuen Fall vermehrt worden ist, indem man im Polizeipräsidium

unseren Genossen Sglt

ermordet hat, sind auch Mörder unter der Polizei. (Erneute stürmische Entschlüsse rechts. Ruf: Lump! Sie sind die Mörder!) — Der Vorsteher rät die Jurufe Lump und Mörder als unparlamentarisch. — Der Lärm dauert an. Herr v. Lindener entnimmt aus der Äußerung des Vorstehers, daß dieser, falls der Ausdruck Nordbrenner sich gegen die Polizei gerichtet hätte, darin einen ungerechtfertigten Angriff auf die Sicherheitspolizei und einen großen Verstoß gegen die Ordnung des Hauses erblickt haben würde. Nach den Vorgängen der letzten Tage sind wir es der Polizei schuldig, sie dagegen in Schutz zu nehmen. (Erneuter Lärm links.) Um 10 Uhr scheidet die Versammlung zu den

Stine Menschenkind.

II. Mütterchen.

Von Martin Andersen Nexö.

„Du hast gute Hände,“ sagte Madam Olsen und sagte sie dankbar um die Hand. „Sie sind rauh und rot — weil die Gefamung die rechte ist.“

Während sie beim Kaffee saßen, kam Lars Peter nach Hause. Er war ein bißchen um den Krug herumgelaufen, um zu sehen, was man mit dem großen Klaus anfang, und war jetzt hinter Waune; Stine fragte, worüber er sich ärgere. „Es ist des Pferdes wegen — sie machen es uns ganz kaputt,“ sagte er mißmutig.

Madam Olsen sah ihn freundlich an. „Was du sagst, kann man wohl hören, wenn du dich dabei auch an andre wendest,“ sagte sie. „Ja, keinen Gaul hat er genommen — und den Wagen auch! Er kann alles gebrauchen: Sachen, Ehre und Geld — und das Essen auch! Verkehrt du in der Wirtshube?“

„Nein, noch bin ich nicht dagewesen,“ sagte Lars Peter. „Und ich denke auch nicht, daß ich jemals tagtäglich hinkommen werde.“

„Das ist die Sache, du teilst nicht! Die Leute haben's immer am schlechtesten bei ihm. Ueber soll man sein Geld in seiner Kneipe anlegen als in seinem Kramladen — so ist er. In eine seiner Kassen müßt du's bringen. Da gibt es kein Drumherum. Potiphar hat das Ganze in der Tasche!“

„Wie hat er's eigentlich so weit bringen können? Denn es doch nicht immer gewesen,“ sagte Lars Peter.

„Wie — weil wir Menschen ein erbärmliches Paß sind — jedenfalls hier im Dorf. Haben wir keinen über uns, so laufen wir und heulen und suchen wie ein herrenloser Hund, bis wir einen finden, der uns einen Fußtritt geben will. Ihm leken wir dann den Stiefel, und ihn erwählen wir zu unserm Herrn, dann sind wir erst zufrieden. In meiner Kindheit war's hier im Dorf ganz anders, da besaß ein jeder das Seine. Aber dann kam er dazu und zog alles zu sich herüber. Der Krug war ja da; und als er merkte, daß er nicht das Ganze auf diesem Wege kriegen konnte, verfiel er auf allerlei Ideen mit teuern Rezen, verbesserten Fangmethoden und was weiß

Wahlen zum Staatsrat.

Es sind zugelassen worden die Listen Hilferding (U. Soz.), Hallensleben (D. Sp.), Ritter (Soz.), Dr. Steiniger (Dnat.), Hoffmann (Komm.), Böß (Dem.). Die Wahl erfolgt durch Namensaufruf mit verdeckten Stimmzetteln. Vor und nach dem Wahlgang wird im breitesten Rahmen über die am 3. Februar von der D. Sp. gestellte Anfrage verhandelt über die Vorgänge, die zur „Verurteilung“ des Oberinspektors Scheffspieß im Städtischen Hospital zu Buch geführt haben. Mitbesprochen wird ein ebenfalls am 3. Februar eingebrachter Antrag der Demokraten, der den Streik des Personals in Buch zum Gegenstand hat, die Verlesung des gesamten Materials verlangt und Auskunft fordert, was geschehen ist, um die Ordnung wiederherzustellen und die Pflichtvergeßenen, insbesondere die Betriebsratsmitglieder, zur Verantwortung zu ziehen.

Von Streiter (D. Sp.) und Merien (Dem.) werden die Leistungen, Verdienste und Fähigkeiten der genannten Beamten ebenso nachdrücklich herausgestellt, wie die Redner der kommunistischen Fraktion sie bestreiten. Derselbe Gegenstand tritt in der Beurteilung des Verhaltens des Betriebsrats zutage. Das Vorgehen des Betriebsrats wird auch von der Sprecherin der Sozialdemokraten verurteilt.

Roch (Dnat.) zieht aus den Vorgängen den Schluß, daß die Berliner Verwaltung durch die Schuld des Magistrats völlig unter die Gewalt einer Art von Käteidiktatur geraten ist.

Das Ergebnis der Staatsratswahl wird verkündet. Es sind 218 Zettel abgegeben worden; Stimmen sind gefallen auf Hilferding 63, Hallensleben 50, Böß 33, Ritter 26, Steiniger 26, Hoffmann 20. Gewählt sind: 3 U. Soz.: Dr. Hilferding, Dr. Melnberg, Reimann; 2 D. Sp.: Hallensleben, Dr. Matthis; 1 Dem.: Oberbürgermeister Böß; 1 Soz.: Bürgermeister Ritter; 1 Dnat.: Dr. Steiniger. (Vertreter: Schünning, Frau Wehl, Roch (U. Soz.), Röder, Sausse, Merien, Schminski, Fabian.)

Der Antrag der Demokraten wird mit dem gesamten Material gegen die Stimmen der U. Soz. und der Komm. einem Ausschuß überwiesen.

Auf den Antrag der Kommunisten, sofort 30 Millionen zum Weiterausbau des Krankenhauses Moabit

anzuwenden, erklärt der Stadtmedizinalrat Rabenow, daß die Frage in vollem Fluß ist und der Ausbau sich viel billiger stellen wird.

Man beschließt einstimmig, den Magistrat zu ersuchen, sofort den Weiterausbau in Angriff zu nehmen.

Den Magistratsantrag, sich damit einverstanden zu erklären, daß an den Vorstufen für Jugendliebe neben den gesetzlichen Kosten für den Religionsunterricht auch der Konfirmationsunterricht auf städtische Kosten erteilt werden soll, lehnt die Mehrheit der Versammlung ab.

Eine Anfrage der Deutschnationalen vom 3. Februar verlangt Auskunft, ob der Stadt Berlin die

Lungenheilstätte Betzig zum Geschenk angeboten.

dieses Angebot aber vom Magistrat abgelehnt worden ist. Der Stadtmedizinalrat erwidert, daß ein solches Angebot nur von einem Patientenaußschuß gemacht worden ist. Die wegen Uebernahme der Heilstätte geführten Verhandlungen seien leider von der anderen Seite abgebrochen worden, da von dritter privater Seite günstigere Uebernahmebedingungen angeboten worden seien.

Die neuen Schlacht-, Schau- ufm. Gebührensätze für den Viehhof und Schlachthof werden genehmigt.

Ein Antrag der Kommunisten, nunmehr (kurz vor 9 Uhr) ihren Antrag wegen Zurücknahme der Kündigung des Betriebsrats Sglt zu beraten, wird gegen U. Soz. und Komm. abgelehnt.

Dem Antrag eines Ortsstatuts zum Schutze der Stadt Berlin gegen Verunstaltung durch Reklame stimmt die Versammlung zu.

Die Angliederung des vorstädtischen Arbeitsnachweises für die Metallbetriebe Groß-Berlins an den Städtischen Arbeitsnachweis wird beschloffen. Schluß 10 Uhr.

Ein erneuter Antrag Dör, den Antrag wegen des Betriebsrats Sglt noch zu erledigen, ergibt Beschlunfähigkeit.

Wechsel in den Zentraldeputationen.

Durch die vom Oberbürgermeister Böß vorgenommene neue Deputationsverteilung im Magistrat hat auch eine Reihe von wichtigen zentralen Verwaltungsdeputationen den Vorsitzenden gewechselt. Außer dem bereits in der letzten Stadtverordnetenversammlung mitgeteilten Wechsel der Deputation für Werke und Kasse, deren Leitung an Stelle des Stadtbaurats Vorten der Oberbürgermeister selbst übernommen hat, ist auch in der Verwaltungsdeputation eine Aenderung des Vorsitzes eingetreten. Dort hat Bürgermeister Ritter den Vorsitz übernommen, während Stadtbaurat Dr. Ing. Adler mit der Leitung des Verkehrsamts das Dezernat für Straßen- und Schnellbahnen behalten hat. Ebenso hat der Vorsitz in der wichtigen Deputation für das Wohnungs- und Siedlungsweesen gewechselt; es ist von dem Stadtbauamt Lange auf den Stadtrat Wukly übergegangen. Den Vorsitz in den übrigen zentralen Deputationen, deren Zahl sich jetzt auf 18 erhöht hat, haben inne: Güter und Forste: Stadtrat Wegel; Finanzen und Steuern: Oberbürgermeister Böß; Sportplatz-Kammerer Dr. Karbing; Ankaufungsamt und Bekleidungsstelle: Stadtrat Kohl; Ernährungsweesen: Stadtrat Rande; allgemeine Wohlfahrt: Stadtrat Hingel; Jugendwohlfahrt: Stadträtin Behl; Gesundheitsweesen: Stadtmedizinalrat Dr. Rabenow; Schulweesen: Stadtschulrat Paulsen; Lohn- und Tariffragen: Stadtrat Köhler; Arbeit und Gewerbe: Stadtrat Brühl; Hochbau: Stadtbaurat Hoffmann; Tiefbau: Stadtbaurat Habn; Kunst- und Bildnismwesen: Stadtbaurat Hoffmann; städtische Feuerlozietät: Stadtrat Soule. Von besonderen Dezernaten seien hervorzuheben: Generaldezernat für Arbeiter und Hilfskräfte: Stadtrat Köhler; Generaldezernat für die neue Stadtgemeinde Berlin: Stadtbauamt Lange; Dezernat für die neugeschaffene Ueberwachungsstelle: Stadtrat Schünning.

Mit 16 Jahren „Vertrauensmann“.

Wozu Lehrlinge erzogen werden.

Einen Einblick in sonderbare Familienverhältnisse gewährte eine Anzeige wegen Betruges und schwerer Urkundenfälschung, die die Strafkammer beschäftigte. Angeklagt waren der jetzt 17jährige Kaufmannslehrling Erich Peters, der Schiefer Max Szepanik, der Privatdetektiv Hermann Stord und der Schiefer Artur Triewe.

Im Mai vorigen Jahres gingen bei einem Schuhwarenhändler in der Alten Schönhauser Straße zwei Bahnkasse ein, nach denen mehrere Kisten Schuhwaren auf dem Potsdamer Güterbahnhof zur Abholung bereit lagen. Der Händler beauftragte einen Spediteur mit der Abholung der Kisten. Bei diesem war der seinerzeit 16jährige Angeklagte Peters tätig, der dort eine eigenartige „Vertrauensstellung“ verlor. Wie die 51jährige Frau des Spediteurs vor Gericht zugehen mußte, hatte sie den 16jährigen Belehrling beauftragt, die Telefongespräche ihres Mannes zu überwachen. Der Angeklagte selbst behauptete, daß er von seinem Chef beauftragt sei, die Kassenbücher falsch zu führen, weil seine Frau ein zu strammes Kassenregiment führte. Diese eigenartigen Verhältnisse hatten zur Folge, daß der Sechzehnjährige ohne weiteres darauf einging, als der Mitangeklagte Szepanik ihm den Vorschlag machte, jene beiden Kasse verschwinden zu lassen. Mit Hilfe der Witwe und anderer gefälliger Schriftstücke ließen sich die Angeklagten dann die Kisten ausbändigen, die für über 100 000 M. Schuhwaren enthielten. — Vor Gericht machten die Rechtsanwältin Theodor Dieblich und Funk als strafmüßig geltend, daß die Kisten zum Teil an Stelle von Schuhwaren Steine enthalten haben, also wahrlich schon auf der Bahn beraubt worden seien. — Das Gericht erkannte gegen Szepanik auf zwei Jahre, gegen Peters auf ein Jahr und gegen Stord und Triewe auf je neun Monate Gefängnis.

Nach menschlichem Ermessen hätte der Spediteur eine Strafe verdient, der den Sechzehnjährigen dazu anhielt, die Bücher falsch zu führen und so in ihm das Gefühl für das Unrechtmäßige einer Handlung bewußt ersetzte.

Ein unaufgeklärter Raubmord.

Der Raubmord an dem Landwirt Walter Gräfsche, der, wie wir mitteilten, durch den angeklagten Gutsverkäufer Max Behmann nach Neuhof gelockt und dort von diesem ermordet und beraubt

ich. Er lieferte das teure Gerät — und belegte den Krug mit Beschlag. Damals war's oft sehr dürftig um den Krug bestellt, heutzutage kriegen die Fischer viel mehr in ihre Rege. Aber was kann das nützen, wenn König Potiphar das Ganze nimmt! Wäht' wohl wissen, warum du eigentlich hierher in unser Dorf gezogen bist?“

„Im Lande ringsum erzählte man sich, er sei gut und hilfreich zu euch Fischern; und soweit man's selber beurteilen konnte, war das auch nicht ganz verkehrt. Aber nun, wo einem die Dinge auf den Leib gerückt sind, sieht die Sache ja etwas anders aus.“

„O ja! Er hilft und hilft so lange, bis man kein Hemde mehr auf dem Leibe hat. Gib nur acht, dich verschlingt er auch noch — und das Mädel da mit, wenn sie ihm lecker genug erscheint, seine schwarzen Zähne in sie hineinzugraben. Vorsichtig nimmt er dir alles weg, was du hast. Dann hilft er dir, bis die Schuld so angewachsen ist, daß du Lust bekommst, dich an einem Balken aufzuhängen. Dann spricht er ein Wort Gottes mit dir und befreit dich. Denn predigen kann er auch — wie der Satan.“

Lars Peter starrte hoffnungslos vor sich hin. „Man hat ja gehört, daß er und seine Frau so eine Art von frommen Versammlungen abhalten, aber wir sind nie dagewesen; wir sind für so was nicht recht zu haben. Das heißt, ungläubig sind wir nicht, versteht sich; aber wir haben erfahren, daß es am besten ist, für sich selber zu sorgen und dem lieben Gott das Seine zu überlassen.“

„Wir gehn auch nicht hin, aber Rasmus läuft — und irgendwo müßt du dich sehn lassen. Ja ja, du wirst es mit der Zeit noch alles selber erfahren; darum ist's dumme, daß man hier sitzt und schwätzt.“

Damit ging sie ins Haus zurück, um das Abendessen für ihren armen Teufel zuzubereiten.

Sie sahen eine Weile. Dann sagte Stine: „Wären wir nur anderswo hingezogen!“

„Na, es kommt wohl nie so schlimm, wie der Pastor predigt! Und von meinem Geld und all dem andern zieh' ich nicht weg,“ erwiderte Lars Peter.

11. Das Pfannkuchenhaus.

Die Kinder hatten nicht mehr wie früher eine kleine Viertelmeile bis zum nächsten Nachbar zu gehen, sie kamen sich vor wie in einem Ameisenhaufen. Da war der Tag mit

seinem Reichtum von Erlebnissen, die alle gleich spannend waren — und am spannendsten von allem war die Angst vor dem „Menschenfresser“. War man mitten im Versteckspielen in den ans Land gezogenen Booten und Fischkisten oder ritt man auf dem Dach des Spritzenhauses, so war er auf einmal hinter ihnen her; seine langen Arme durchkrochen die Luft, und kriegte er einen von ihnen zu fassen, so kam man nicht immer mit dem Schrecken davon. Er roch nach rohem Fleisch aus dem Rachen, behaupteten die Kinder; sie dachten nicht daran, ihn besser zu machen, als er war. Die Flucht vor ihm, während das Herz bis in den offenen Mund hinausschlug, brachte genug Spannung ins Dasein.

Und wenn sie am Abend in ihrem Bett lagen und lauschten, hörten sie Laute im Hause, die nicht von einem der Ihren stammten, und von denen jeder seine eigentümliche Bedeutung hatte. Dann ließen sich oben auf dem Speicher Schritte auf Strümpfen vernehmen, und der Vater sah Stine an. Christian mußte, was das bedeutete, und sie steckten den Kopf unter die Decke und flüsterien. Es war der Born-und-hinten-Jakob, der da oben unhersächlich und hochste, wozu sie sprachen. Er horchte immer auf das, was die Menschen sagten, um dem Wort auf die Spur zu kommen; er wollte es dazu verwenden, um mit ihm den Teufel aus dem Krug zu vertreiben. Die Kinder zerbrachen sich den Kopf, denn er hatte ihnen fünfundzwanzig Nere versprochen, wenn sie das Wort für ihn finden konnten. Und drinnen aus dem Alkoven hörten sie die alte Mutter Doriom sich räuspern. Sie hatte die Fettsucht und wurde äußerlich fetter und fetter, aber inwendig wurde sie ausgehöhlt. Sie spuckte ihr Inneres in großen Klumpen aus, die sie auf die Wände des Alkovens auswarf.

Der Sohn war draußen auf Langfahrt und kam selten nach Hause, aber jedesmal, wenn er kam, war ein Kind gestorben, und seine Frau hatte ein neues getriegt. Sie bekam sie im Handumdrehen, vernachlässigte sie aber, so daß sie ihr wegstarben. „Was leicht kommt, vergeht leicht,“ sagten die Leute lachend. Jetzt waren nur noch die Zwillinge da; sie lagen in der breiten Holzwiege und schrien den lieben langen Tag, jeder mit seinem Schwarzbrotzulp im Halse. Die Mutter war nie bei ihnen; Stine mußte sich ihrer annehmen, damit sie nicht ganz verkommen sollten.

(Fortf. folgt.)

Die Kohlenpreispolitik.

Vollversammlung des Reichskohlenrates.

(Schluß aus der Abendausgabe.)

Zum Punkt 2 der Tagesordnung: „Stellungnahme zur Kohlenpreispolitik der Reichsregierung“ nahm dann Generaldirektor Biskott das Wort. Seit dem 1. April v. J. sei im rheinisch-westfälischen Kohlenbergbau keine Kohlenpreiserhöhung eingetreten, obwohl sich die Selbstkosten erheblich vergrößerten. Allein die Erhöhung der Löhne im Bergbau hätte schon eine Kohlenpreiserhöhung von etwa 25 M. pro Tonne bedingt. Obgleich die Regierung diesen Urstand genau wußte und obgleich sie selbst ermittelte, daß die Unterbilanz der Zechen pro Tonne etwa 12 bis 12,50 M. betrug, habe sie die Preiserhöhungsanträge des rheinisch-westfälischen Kohlenverbands damals beanstandet. In der gestrigen Sitzung habe die Regierung den Anträgen des Kohlenverbands zugestimmt. Die Kohlenpreispolitik der Regierung diene weder den Interessen der Werke, Arbeiter und Verbraucher, noch denen der Allgemeinheit.

Der Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums Staatssekretär Hirsch beantwortete die gegen die Regierung erhobenen Vorwürfe. Er hob zunächst hervor, daß die Kohlenwirtschaft als Ganzes in den letzten anderthalb Jahren für Deutschland Großes geleistet habe. Die letzten beiden Monate hätten mit einer monatlichen Förderung von 12 Millionen Tonnen Steinkohle eine

Steigerung von 40 Proz.

gegenüber dem Durchschnitt des Jahres 1919 gebracht. Die Braunkohlenförderung hat mit 10 Millionen Tonnen in den beiden letzten Monaten eine Steigerung von 40 Proz. sogar gegenüber der Friedensförderung erreicht. Dieses Ergebnis sei im wesentlichen durch die Steigerung der Belegschaften erzielt worden. Im Stein- und Braunkohlenbergbau könne eine Belegschaftsteigerung von über 225 000 Köpfen, eingerechnet ihrer Angehörigen von etwa einer Million Köpfen, verzeichnet werden. Allein in den letzten 1 1/2 Jahren seien 195 000 Köpfe neu hinzugekommen. Es sei wertvoll, diese Ziffern dem Zustande vorzuziehen. Selb Volk der Welt habe in so kurzer Zeit eine so starke Umgruppierung in dem schwersten Beruf vorgenommen. Die deutsche Arbeitswilligkeit könne nicht besser als durch diese Zahlen vor der Welt bezeugt werden. Diese Steigerung, die fast die Grenze des Möglichen darstellt, habe sich nur unter schweren Opfern und Entbehrungen erreichen lassen. Eine höhere Leistung könne kaum mehr erwartet werden.

Ziel der

Preispolitik der Regierung

sei Produktionsförderung und Verbraucherschutz. Die Regierung habe vor allem darauf gehalten, eine Stetigkeit der Preise der binnenländischen Rohstoffe, insbesondere der Kohle, zu erzielen. Bis zum Herbst vorigen Jahres haben die Ermittlungen der Reichsregierung ergeben, daß die Kohlenpreise im großen und ganzen recht auskömmlich für die Zechen waren. Im Juni vorigen Jahres hat dann die Regierung gegenüber den Anträgen auf Kohlenpreiserhöhung auf die

Krise auf den Weltmärkten

hingewiesen und es für richtig befunden, die Senkung der Preise auf den Weltmärkten und in Deutschland sich auswirken zu lassen. Es gelang der Regierung, einen Druck auf den Welt- und Deutschemarkt auszuüben, dessen Wirkung allerdings durch den Inflationsdruck im September wieder gebremst wurde. Die durch den Inflationsdruck bedingte Preissteigerung für Lebensmittel wirkte sich in Kohlerhebungen aus und machte eine sehr erhebliche Unkostensteigerung im Bergbau notwendig. Wegen Ende vorigen Jahres wurde deutlich erkennbar, daß infolge von Neuanfassungen in Geräten und Maschinen eine Rentabilität des Bergbaues nicht mehr vorhanden war. Wenn die Regierung trotzdem an einer Preisstabilität festhielt, so war vor allen Dingen der Grund maßgebend, daß der Preisabbau fortgesetzt werden mußte.

Dies ergibt sich mit Notwendigkeit eine Veränderung des Kohlenpreises aus mehreren Gründen. Einmal haben die meisten Gebrauchsgegenstände im Bergbau die allgemeine Preissteigerung nicht nur mitgemacht, sondern auch überschritten. Ferner sind Abschreibungen im Bergbau nicht mehr möglich gewesen. Wir haben nun eine Abschreibung von 10 bis 12 Proz. angenommen, da der Bergbau immerhin die Produktionshöhe des Friedens noch lange nicht erreicht hat. Im Frieden rechnete man pro Tonne Kohle 1 M. Abschreibung. Bei einer Rohproduktion von 25 Proz. gegenüber dem Frieden erhöht sich die Abschreibung auf 1,25 M., was bei der heutigen Geldentwertung dem Betrag von 12,50 M. pro Tonne entspricht. Da das Defizit im vorjährigen Jahre pro Tonne etwa 11 M. bis 11,25 M. betrug, scheint die Erhöhung reichlich bemessen zu sein. Da wir über den Goldmarkfund nicht mehr verfügen, müssen wir vor allem sehen, daß die Lebensmittelförderung der Bergarbeiter sichergestellt wird. Für die Erhöhung des Kohlenpreises war auch vor allen Dingen maßgebend, daß die tech-

nische Kommission, in der Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Neutralfürer, feststellte, daß die technische Ausrüstung des deutschen Bergbaues nicht mehr mit dem Ausland konkurrenzfähig war. Der Bergbau bedarf auch dringend der Neuaufnahme von Kapital, um konkurrenzfähig zu bleiben, und es ist selbstverständlich, daß bei der dauernden Defizitwirtschaft niemand Kapitalien im Bergbau investieren würde. Aus der Kohlenpreiserhöhung allein kann die technische Erneuerung des Bergbaues nicht erfolgen. Hier muß vielmehr der Kapitalmarkt helfen. Wir müssen eine Preispolitik einschlagen, die eine

Rationalisierung der Werke

ermöglicht. Unsere Exportindustrie wird sich wieder daran gewöhnen müssen, daß sie nicht mehr in Balutogewinnen schwimmt, sondern daß sie aus eigener Kraft sich im Kampf mit den anderen Ländern an die Spitze drängt. Wir haben der Entente bisher 24 Millionen Tonnen Kohle umsonst geliefert. Diese Tributleistungen hatten einen verhängnisvollen weltwirtschaftlichen Unfug zur Folge. Denn in Deutschland hat sich die Arbeitslosigkeit infolge des Ausfalls guter Kohle verstärkt, und in England ist durch das jetzige Ueberangebot von Kohle infolge der deutschen Ueberproduktion für die Entente die Arbeitslosigkeit noch viel schlimmer geworden, als sie sonst war. An Stelle der plumpen Naturallieferungen, die uns auferlegt sind, sollte man besser zu einer anderen Art der Entschädigung kommen.

Bergmann Wagner wies darauf hin, daß das Ueberfließen abkommen gekündigt werden mußte, weil die Bergleute einfach nicht mehr im Stande waren, den sie gestellten Forderungen zu entsprechen. Der Kohlenpreiserhöhung seien die Bergleute unter der Voraussetzung zugestimmt, daß ihre berechtigten Forderungen entgegenkommen werde. Der Unfall, der durch die Kündigung des Ueberfließenabkommens entstanden sei, wäre nicht so groß gewesen, wenn die technischen Einrichtungen der Bergwerke verbessert worden wären.

In einer kurzen Erwiderung betonte Staatssekretär Hirsch, daß es an technischen Einrichtungen mangelte, vor allen Dingen die Abwriftung der Zechen während des Krieges daran die Schuld trage.

Dann referierte Geheimrat Benschold über den Entwurf der Bekanntmachung über Einrichtung von Beiträgen für den Bergarbeiterwohnungsbaue und die Verbilligung von Bergarbeiterlebensmitteln. Die hierfür bei der Kohlenpreiserhöhung vorgesehenen Beiträge betragen sich pro Tonne auf 5 M. für rheinisch-westfälische Steinkohle, 2,50 M. für Braunkohle und Braunkohlenbriketts des bayerischen und des rheinischen Braunkohlenverbands und auf 0,50 M. für Rohbraunkohle. Ähnliche Zuschläge würden demnächst auch für die Südkohle der anderen Bergbaubereiche ausgesprochen werden. Dem Antrag des Referenten gemäß beschloß die Vollversammlung die Annahme des Entwurfs mit den entsprechenden Ergänzungen.

Der Erlaß einer „Bekanntmachung über Brennstoffangebote und den Verkehr mit gesperrten Kohlenhandeln“ wurde beschlossen.

Zur Frage der

Brennstoffeinfuhr

sprach Senator Wiesinger-Hamburg, der die Wünsche der Kohlenimporteure vorlegte. In diesen Kreisen sei man der Ansicht, daß eine völlige Aufhebung der Einfuhrbeschränkungen nicht angängig sei, doch wünsche man eine weitherzige Auslegung der geltenden Bestimmungen. Die notleidende deutsche Industrie müsse nun einmal Kohlen zum Kontingent hinzukaufen und jetzt, nachdem sich die Anlieferung englischer Kohle beständig verzögert, es auch der Wunsch großer Industriebetriebe, sich wieder mit den Brennstoffen versorgen zu können. Hinderlich sei der Umstand, daß gegenwärtig nur diejenigen Importeure als „Zwischenhand“ zugelassen werden, die bereits 1912, 1913 und 1914 Kohle eingeführt haben. Aufstrebende Händler erlitten keine Einfuhrzulassung.

Der Reichskohlenamtsrat Geh. Rat Stuy erklärte hierzu, daß auch er für die Freigabe der Kohlenwirtschaft eintreten würde, wenn es eben möglich wäre. Die Zahl der Kohlenimporteure könne jedoch nicht beliebig vermehrt werden, denn es bestände leider die Gefahr, daß bei dem Mangel jeder Kontrolle leicht deutsche Kohle als englische Ware zu entsprechenden hohen Preisen auf dem Markt erscheinen würde. Man müsse auch dafür Sorge tragen, daß nicht die Importeure durch gewisse Fiktionen in England billig Kohle einkaufen und dann von ihren Fiktionalen die Kohle mit einem übermäßigen Aufschlag für Deutschland erwerben. Eine derartige Maßnahme bedeute schließlich nichts anderes, als eine Kapitalverschlebung ins Ausland.

Schließlich sprach noch Imbusch von den christlichen Gewerkschaften für die Aufbesserung der Renten der Knappschaftsinvaliden und -weisen, die vollkommen unzureichend sind.

Filmschau.

Christian Wahnschaffe 2 Teil. Filme mit einem gleichen oder ähnlichen Inhalt und Gehalt wie der Christian Wahnschaffe nach dem gleichnamigen Roman von Hoffmann liegen in der Ufa. Sie sind vielleicht beinahe eine Siedelung unserer Zeit und ihrer Gedankenansätze, keine Utopia. Auch ist Leben reiflos wie Christian, wenn der gleiche Segen (sozial) unterlegen bringt und jeden fesselt die Lösung des Altes. Der Film als solcher und eben als Teilbild ist gut. Gut, weil Konrad selbst den modernen Weltanschauer vertritt, weil seine Mitarbeiter Werner Kraus, Margarethe Kupfer, Eilber Hagen und Rolf Waller Selbstes geben. — Auch die Kamera, die die vornehmliche Rolle Urban Gads dem Film gibt, ist von begreifender Eindringlichkeit. Die Aufnahmen aus dem Innenleben, in ein gewöhnlich grünes Licht getaucht, erscheinen der hellen Weltlichkeit des Berliner Arztes abgelesen, und gerade die nächsten Szenen, da zu jeder Stunde „nur noch die Kol und das Wasser machen“, geben der schlichten Erdtrübsal Konrad Weibts und der kühlen Kunst Werner Kraus' einen Hintergrund von höchster Ausdruckskraft. Die Uraufführung vor geladenerm Publikum fand mit begleitender Musik der Philharmoniker in der Scala statt.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Freitag, den 1. April:

Jungsozialisten. Gruppe Berlin. 7 1/2 Uhr in der Gemeindehalle Poststraße Straße 64. Vortragabend sowie Stellungnahme zum Statutenantrag. — **Gruppe Hermannstr.** 7 1/2 Uhr in Jugendheim, Roonstraße, Vortrag über: „Die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Zukunft“. — **Gruppe Friedrichstr.** 7 1/2 Uhr in Jugendheim, Albrechtstr. 16. Vortragabend sowie Stellungnahme zum Statutenantrag.

Morgen, Sonnabend, den 2. April:

18.—22. April. Abends 7 1/2 Uhr bei Reichs, Oberstra. 6. Sitzung (öffentlicher) Arbeitslosenfürsorge, Bildungsausschüßmitglieder und Kontrollen. Besprechung der Tagesordnung am 1. April im Rote-Theater.

Aus aller Welt.

Ein schweres Explosionsunglück ereignete sich am Mittwoch auf dem Koldorfer Werk der Dänemäler Hartsteinindustrie bei Darmstadt durch vorzeitige Entladung eines Sprengschusses. Vier beim Sprengen beschäftigte Arbeiter aus Gundershausen wurden durch abgesprangene Gesteinmassen verschüttet und getötet. Die Reichen wurden gegen Abend geborgen.

Erdbeben im Vogland. In Falkenstein und Umgebung sowie im Soesigetal wurden gestern nachmittags mehrere kräftige Erdstöße wahrgenommen, von denen der letzte von längerer Dauer war.

Eine merkwürdige Naturerscheinung ist den Pariser Bädern zufolge in Ravenna, unweit der französisch-italienischen Grenze, aufgetreten. Der Spiegel des See von Ravenna hat sich plötzlich um einen Meter gehoben. Infolge eines sonderbaren optischen Phänomens, das noch nicht geklärt ist, hat der See jetzt eine bisherige blaue Färbung verloren, die in ein nahezu weißes Rot übergegangen ist. Man glaubt dies auf die Farbe der Felsen zurückführen zu können, die den See umflämen.

Der internationale Bahnhof in Domodossola an der Schweiz-italienischen Grenze ist Donnerstag nacht abgebrannt. Die Feuerbrunst vernichtete die Schweizerischen und italienischen Zollämter. In den Waggons waren sehr viele Transitwaren aufbewahrt. 12 400 Postpakete sind verbrannt. Man glaubt, daß das Feuer durch eine in das Exporthaus geworfene Brandbombe entstanden ist. Der Verkehr mit der Schweiz ist eingestellt.

Sport.

Das Rennen „Rund um Berlin“ gelangt am 7. und 8. Mai d. N. nach dem Kriege erstmalig zum Austrag. Der Start ist am Bahnhof Zoo und führt die Strecke von hieraus weiter über Spandau, Seelen, Oranienburg, Wendisch nach Bernau, Seebitz, Tschudi, Gröner, Rüdow, Mühlentzsch, Wülfersdorf nach Treptow (See). Die Strecke ist jetzt 170 Kilometer lang.

Seiner Frühjahrsabfahrt demnächst am kommenden Sonntag im Treptower Glanzwald der 1. Kreis der Arbeiter-Turn- und Sportvereine. Bei den Gemächerten werden sich die besten Kräfte über 74, und 3 Kilometer, bei den Jugendlichen über 1 und 3 Kilometer messen. Beobachtungen sollen in einem Probelauf über 1 Kilometer ihre körperliche Durchbildung erweisen, und vor allen Dingen werden zahlreiche Kinderbestellungen in einer 3 Kilometer langen Weibstette dem Kommando eines besonders kommandierte Rote verliehen. Turn- und Unfallschutz: Pflicht-Unterricht, Körperlicher Kondition. Beginn der Kurse nachm. 3 Uhr.

Arbeiter-Schachklub-Berlin „Schach-Berlin“. Sonntag, 3. April. Früh 1 Uhr, Streifzüge durch den Raum. Nachmittags 1 Uhr Feinabend (Bälle).

Geschäftliche Mitteilungen.

Die Berliner Firma Orlitz Rahke feiert heute ihr 25jähriges Jubiläum. Der jetzige Inhaber Carl Rahke gründete die Firma am 1. Mai 1890 mit bescheidenen Mitteln und hat Unternehmen hat sich im Laufe dieser 25 Jahre langsam aber stetig entwickelt. Im Jahre 1916 wählten die Arienbesitzer zur Gründung einer eigenen Fabrik in Wannow, Kreis Schöneberg. Die Firma Rahke unterhält heute insgesamt 30 gutgehende Geschäfte.

Briefkasten der Redaktion.

Danger Sozialist. 1. Bl. Baden vor der Jugendbewegung. 2. Parteisekretär Kohlenrat, 4. 1. S. 2. — N. N. 1636. 1. Auskunft bei der Poststelle des Sozialdemokraten. 2. 50 M. — Wien. Maria D. Ruggenbindeung täglich ab 8 Uhr vormittags über Spandau, Auskunft in Wien 11.10 abends. Preise uns nicht bekannt.

worden ist, konnte trotz umfassender Nachforschungen bisher noch nicht aufgeklärt werden. Auf die Ergreifung des Täters sind jetzt 15 000 Mark Belohnung ausgesetzt, 5000 M. von der Kriminalpolizei und 10 000 M. von dem Bruder des Ermordeten. Dieser hat noch weitere 5000 M. für die Wiederherbeischaffung des geraubten und erschwindelten Geldes und der Schmuckstücke ausgesetzt.

In den Anschlagfällen wird heute eine diesbezügliche Bekanntmachung erscheinen, in der alle Personen, die über den Verbrecher Auskunft geben können, ersucht werden, sich sofort bei Kriminalkommissar Treitin im Zimmer 103 des Berliner Polizeipräsidiums, Hausanruf 436 und 416, zu melden. Der Täter ist nach der bisher erlangten Beschreibung etwa 30 bis 35 Jahre alt und nur 1,50 bis 1,60 Meter groß, hat dunkles, ungekammtes Haar, das er geschwefelt trägt, einen dunklen vollen Schnurrbart und trug zuletzt einen abgetragenen Leberzieher aus militärischem Stoff und einen alten grauen Schlapphut. Er wachte einer heruntergekommenen Eindring und hatte, als er in Bübber war, einen Fuß etwas nachgezogen, wie er sagte, eines Beinbruches wegen. Die Bekanntmachung wird auch eine Probe seiner Handschrift wiedergeben. Die Briefe sind zum größten Teil auf schlechtes Feinpapier mit schmalen lila Rand geschrieben. Alle Sendungen ließ sich der Verbrecher, wie schon mitgeteilt, nach dem Postamt 16 in der Köpenicker Straße auf Postkörte 84 senden. Der angebliche Max Lehmann, der sich zuweilen auch Hans Berg nannte, muß unbedingt in Berlin genau Beschrieb wissen. Wahrscheinlich hat er hier auch feste Wohnung. Er hat sich sehr oft in der Gegend des Bahnhofs aufgehalten und ist dort vielleicht auch von Leuten, die sich bisher noch nicht gemeldet haben, gesehen worden.

Freigabe neuer Kohlenartenabschnitte.

Von heute ab werden zur Entnahme und Abgabe von Kohlen folgende Abschnitte der (neuen) Kohlenarten 1921/22 freigegeben: 1 und 3 der 5-Zentner-Kohlenart; 1, 2 und 3 der 10- bis 70-Zentner-Kohlenart; 1, 2 und 3 der 2- und 5-Zentner-Sonderart; 1 und 3 der 5-Zentner-Kohleart; 1, 2, 3 und 4 der 10- und 15-Zentner-Kohlearten. Vom 1. April 1921 dürfen Kohlen nur auf die neuen von der Stadtgemeinde Berlin für das Wirtschaftsjahr 1921/22 ausgegebenen Kohlen-, Sonder- und Kohlearten abgegeben und entnommen werden. Alle übrigen Kohlen-, Sonder- und Kohlearten verlieren mit dem 31. März 1921 ihre Gültigkeit. Zur Belieferung für Zentralheizungsanlagen werden ab 1. April 1921 freigegeben: Auf Kohlenbezugsbüchern für Zentralheizungsanlagen 1921/22: für Geschäftsräume der Behörden sowie der Räume von gemeinnützigen Vereinen, Schulen und Hospizen: 30 Proz., für öffentliche und private Schulen: 40 Proz., für Krankenhäuser und diesen gleichgestellten Verbrauchern: 40 Proz., für Kirchen, Kapellen und Synagogen: 30 Proz., für alle übrigen Verbraucher: 30 Proz. der im Bezugsbüchern festgelegten Kohlenmenge. — Auf Kohlenbezugsbüchern für „Ofenbrand“ 1921/22: für die im § 59 der Verordnung des Kohlenverbandes Groß-Berlin vom 8. März 1919 genannten Verbraucher mit Ausnahme der Kirchen, Kapellen und Synagogen: 40 Proz., für Kirchen, Kapellen und Synagogen: 30 Proz. der im Bezugsbüchern festgelegten Kohlenmenge. — Auf Kohlenbezugsbüchern für „Brennstoffe für Heizungsanlagen“ 1921/22 nur in Gasloft: 30 Proz. der im Bezugsbüchern festgelegten Kohlenmenge.

Abschied der 65jährigen Polizeibeamten.

Auf Grund der gesetzlichen Bestimmung, daß fortan alle Beamten, die das 65. Lebensjahr vollendet haben, in den Ruhestand treten müssen, ist auch eine große Anzahl von Beamten des Polizeipräsidiums, die dieses Alter erreicht oder überschritten haben, pensioniert worden und mit dem 31. März aus dem Dienst der Behörde ausgeschieden. Der Polizeipräsident hat aus dieser Veranlassung an die scheidenden Beamten folgende Dankagung erlassen: „Am 1. April 1921 tritt eine große Anzahl von Beamten des Polizeipräsidiums, den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend, in den wohlverdienten Ruhestand. Ich halte es für meine Ehrenpflicht, den ausscheidenden Beamten an dieser Stelle den wärmsten Dank für die treuen Dienste auszusprechen, die sie für die Gesamtheit des Volkes in aufopferungsvoller und hingebender Arbeit geleistet haben. Die herzlichsten Wünsche der Beamenschaft für einen ungetrübten Lebensabend begleiten die Scheidenden.“

Im 17. Verwaltungsbezirk Lichtenberg erfolgte die Einführung des Bürgermeisters C. John durch Oberbürgermeister Böhm. Er gedachte hierbei der großen Bedeutung Lichtenbergs mit seinen Werten in der neuen Einheitsgemeinde. Der 17. Verwaltungsbezirk sei noch als Industrie- und Wohnbezirk außerordentlich entwicklungsfähig. Es werde Aufgabe der neuen Einheitsgemeinde sein, die östlichen, nördlichen und südlichen Verwaltungsbezirke in der Ausgestaltung des Verkehrs sowie der öffentlichen Anlagen besonders zu beachten. Nach der Verpfändung durch Handschlag gab Bürgermeister John die Versicherung ab, daß er seine ganze Kraft in den Dienst des 17. Verwaltungsbezirks stellen werde und daß auch weiterhin sein Streben geleitet sei von dem Willen, den wirtschaftlich Schwachen zu helfen. Hierauf erfolgte die Einführung von vier beabsichtigten und sechs unabsichtigten Stadträten. Da der Stellvertreter des Bürgermeisters sowie ein Stadtrat nicht bestallt worden ist, beantragte die Kommune, diese trotzdem in ihre Ämter einzuführen, was aber von der Bezirksverordnetenversammlung abgelehnt wurde. Man beschloß, die Neuwahl bis zur nächsten Bezirksversammlung zu verschieben.

Für die wirtschaftliche Demobilisierung ist durch die Reichsregierung am 18. Februar 1921 der Endtermin auf den 31. März 1922 festgelegt worden. Zwar treten vorher bereits in einem großen Teile des Reiches die Vorbereitungen über die Freimachung von Arbeitsstellen außer Kraft, jedoch nicht in den Orten, in denen ihre Aufrechterhaltung zur Bekämpfung einer erheblichen Arbeitslosigkeit notwendig ist. Solche Orte sind insbesondere Berlin, sowie einige andere große Städte. Um Enttäuschungen zu vermeiden, ist dabei zu raten, daß ein jeder, der an einem anderen Orte als da, wo er bei Kriegsausbruch wohnte, Arbeit nehmen will, sich zuvor durch Anfrage bei dem Arbeitsnachweis des Dries erkundigt, ob an diesem Orte die Arbeitsaufnahme freisteht.

Wiedereröffnung des Postmuseums. Das Postmuseum wird, nachdem es während der Wintermonate geschlossen war, heute zum ersten Male wieder geöffnet sein. Die Besuchszeit ist, mit Ausnahme von Mittwoch und Sonnabend, an welchen Tagen die Räume geschlossen bleiben, auf 10 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags festgelegt. Nach einer Mitteilung der „D. Berl. Ztg.“ haben die Ausstellungen des Reichspostmuseums in der Zwischenzeit eine Neuordnung und Ergänzung erfahren. Konventionell haben die Erneuerungsarbeiten an die Deutsche Feldpost eine Ergänzung durch Schauwände, Gerätschaften und Bildnisse aus dem Wirken der Deutschen Feldpost im Kriege 1914/18 und durch eine Sammlung aller Feldpostbriefe, beginnend aus der Zeit des 30jährigen Krieges bis zum Kriege 1870/71, erfahren.

Auf eine 20jährige Parteimitgliedschaft können am heutigen Tage Genosse Robert Jacob und seine Frau, Weißensee, Friedrichstraße 33 zurückblicken. Die beiden Jubilare kennzeichnen den Weg jener zahlreichen Genossen und Genossinnen, die in stiller, rastloser Arbeit ihre Pflicht tun und somit ein Teil von jener Kraft darstellen, die die Partei nach zeitweiligen Niederlagen zu neuen Siegen und Erfolgen führt. Die Weiskener Genossen bedauern mit Genossen Jacob, daß er in letzter Zeit eine harte Arbeitslosigkeit durchmachen muß. Wir wünschen von ganzem Herzen, daß Genosse Jacob und seine Frau noch recht lange Zeit bei uns wirken mögen.

Beruhigung im Wuppertal.

Esfeld, 31. März. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Heute nachmittag wurde die kommunistische „Arbeiterstimme“ in Solingen von Engländern besetzt. Es wurden vier Kommunisten von den Engländern in Haft genommen.

Im Bergischen Lande und im Wuppertal herrscht völlige Ruhe. Die Ränderbanden, die das Industrieviertel seit Karfreitag unsicher machten, sind versprengt worden und teilweise verhaftet. Der Streik auf den linksrheinischen Gruben hat keinen wesentlichen Umfang angenommen.

In Remscheid beschloß gestern Abend eine Konferenz der Betriebsräte, die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Unternehmer hatten ein Ultimatum auf vorgestern 10 Uhr gestellt; wor die Arbeit bis dahin nicht aufgenommen hätte, sollte entlassen werden. Die Arbeit ist heute morgen in Remscheid in vollem Umfang aufgenommen worden. Es kam zu einigen Entlassungen; es sind Kommunisten davon betroffen worden, deren Ausscheiden von den Arbeitskollegen nicht bedauert wird, da man endlich Ruhe und Frieden in den Betrieben haben will. Bei den gestrigen Kämpfen in der Remscheider Talperre wurden 400 Putschisten gefangen genommen. Bei 26 Mann wurden Waffen gefunden. Ein Teil ist auf englisch besetztes Gebiet übergetreten und wurde von den Engländern entwaffnet.

Wie von kommunistischer Seite mitgeteilt wird, hat die Streikleitung für den Westen in der vergangenen Nacht den Abbruch des Streiks beschlossen. (Diese Einsicht von der Notwendigkeit des Streikabbruchs kommt leider reichlich spät. Die Red.)

Kommunistische Täuschungsversuche.

Halle, 31. März. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Im letzten Augenblick versuchten die Kommunisten die Situation für sich zu reiten. Bei der Polizei wurden zwei Versammlungen angemeldet, die heute Abend stattfinden sollten. Die Versammlungen waren als „Metallarbeiterversammlungen“ angegeben. Von der Polizei sind sie darauf genehmigt worden. Als die überfüllten Versammlungen begannen, wurde man gewahrt, daß die Polizei einer Täuschung seitens der KPD zum Opfer gefallen ist, denn statt der drei Gewerkschaftsbeamten, die angekündigt sprechen sollten, sprach der kommunistische Stadtrat Kilian, ein Führer der KPD, aus Halle namens Hertel und der Redakteur Schölem von der „Roten Fahne“ (Berlin). Alle Redner gaben sich die erdenklichste Mühe, die Arbeiter erneut in Streikstimmung zu bringen, indem sie den Terror der Unternehmer bei Wiedereinstellung der Arbeiter, sowie die reaktionären Absichten der Sipps und Reichswehr im Aufstandsgebiet mit den schwarzesten Farben an die Wand malten. Nachdem die Versammelten in die notwendige Stimmung verkehrt waren, wurde die Abstimmung über die Weiterführung eines verschärften Streiks vorgenommen. Es wurde zunächst die Forderung aufgestellt, daß die Unternehmer alle Arbeiter wieder einzustellen haben, und daß die Reichswehr aus dem Aufstandsgebiet wieder zurückgezogen wird. Beide Forderungen, welche sich wohl zum größten Teil aus den entlassenen Beuno-Werk-Arbeitern zusammensetzten, beschloßen, den Streik so lange zu verlängern, bis die Forderungen erfüllt worden sind. Vom Gewerkschaftskartell ist gestern (son in einem Flugblatt darauf hingewiesen worden, daß es jeden Terror der Unternehmer bei der Wiedereinstellung der Arbeiter brechen wird. Die Kommunisten haben lediglich mit diesen beiden Versammlungen versucht, den Streik auf eine ungemessene Zeit hinaus auszudehnen, um der Aktion im letzten Augenblick zu einem Erfolg zu verhelfen.

Aktion gegen Liebenwerda.

Magdeburg, 31. März. (M.Z.) In Liebenwerda hat sich die Lage weiter verschärft. Es haben sich Aktionsausschüsse und rote Gerichte gebildet, welche Urteile sprechen. Eine große Aktion gegen den ganzen Kreis Liebenwerda ist im Gange.

In Halle ist alles ruhig. Die Arbeiter der städtischen Werke haben dem gestrigen Aufruf des Gewerkschaftskartells Folge geleistet und die Arbeit wieder aufgenommen. Halle hat wieder Licht und Wasser.

Gräbers entsetzt. — Ein Gemeindevorsteher erschossen.

Dolich, 31. März. (M.Z.) Der Ort Gräbers ist gestern nachmittag 4 Uhr von den roten Truppen kampflos geräumt worden. Sie haben sich in die Gegend von Güh und Dammendorf zurückgezogen, wo sie sich verschanzen und plündernd und raubend umherstreifen. Der Gemeindevorsteher Hesse in Reichshagen ist von ihnen erschossen worden. Der Hauptstützpunkt der Aufständischen soll der Petersberg bei Halle sein. Schutzpolizei und Reichswehr ist von Halle, Bitterfeld und Dolich im Anmarsch. Kämpfe sind im Gange.

In Esfurt sind die beiden Kommunistenführer Förster und Drophal verhaftet worden. Die kommunistische Nachrichtenzentrale wurde ausgehoben. Von der Polizei sind weitere Verhaftungen vorgenommen worden, die im Zusammenhang mit dem Eisenbahnattentat stehen. Bei einem Kommunistenführer wurde ein Waffenlager ausgehoben, in dem sich eine größere Anzahl Gewehre, Handgranaten und Munition befand.

Ausgehobene Geheimföhrung.

Stuttgart, 31. März. (M.Z.) Eine Anzahl Führer der kommunistischen Partei Würtembergs wurden heute mittag bei einer Geheimföhrung in Anwesenheit zweier zugeleiteter Kommunisten überrascht. Da belastendes Material vorgefunden wurde, wurden sie vorläufig in Polizeigewahrsam genommen.

Ruhe in Hamburg.

Hamburg, 31. März. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) In Hamburg ist die Ruhe wieder vollständig hergestellt und die Arbeit wieder aufgenommen. In der gestrigen Sitzung der Hamburger Bürgerschaft verurteilte der Führer der Hamburger Kommunisten Thaelmann einigen Spektakel mit einer Anfrage wegen des „Blutbades“, das — wie er sagte — die Sicherheitspolizei angerichtet habe. Er wurde mit eifrigem Schweigen der anderen Parteien angehört. Als Gerolf Henze antwortete, verließen die Kommunisten den Saal. Der „Kommunist“, das Organ der Arbeiterunion im Bezirk Wasserfronte, ist gestern in der gestrigen Ausgabe beschlagnahmt worden weil er wiederum zu neuem Kampfe aufbeist. Die einzige Waise, bei der die Arbeit nicht aufgenommen war, war bisher die Vulkanwerft. Die Belegschaft versammelte sich heute vormittag, um einen Bericht entgegenzunehmen über Verhandlungen, die mit der Direktion über Wiedereröffnung des Betriebes stattgefunden hatten. Es wurde berichtet, daß die Direktion eine Anzahl Forderungen stelle. So würden derzeitigen Arbeiter, deren Verhalten zu der Schließung der Betriebe beigetragen habe, nicht wieder eingestellt werden. Zwei unabhängige Redner stellten in der Versammlung fest, daß die kommunistische Partei die Schuld an diesen Ereignissen habe. Trotz der Rede eines Kommunisten beschloß man gegen wenige Stimmen, die Bedingungen auf Wiederaufnahme der Arbeit anzunehmen.

Streikurlaub erbeten!

Ein Parteigenosse sendet uns folgendes Stimmungsbildchen, das einen guten Einblick gewährt, wie es gemacht wurde:

Im Betrieb der Prometheuswerke in Reinickendorf, Hauptstraße, die 100 Vollarbeiter beschäftigen, wurde am Sonnabend, den 26. März, eine Abstimmung über den Generalstreik vorgenommen, an welcher sich die SPD nicht beteiligte, sondern an ihren Plänen blieb. Die von den Anhängern der USP. und KPD. herbeigeführte Abstimmung ergab 33 Stimmen für, 34 Stimmen gegen den Streik.

Der mit Kommunisten durchgeführte Betriebsrat erklärte, er wolle nur die Stimmung im Betrieb kennen lernen. Sein ganzes Gebotene deutete aber darauf hin, daß er nun außen Hilfe durch Arbeitslose erwartete, welche jedoch ausblieb. Am Dienstag, den 29. März, arbeiteten die Kommunisten den ganzen Tag. Mittwoch früh arbeitete jedoch ein Heißsporn dahin, daß wenigstens die KPD. den Betrieb verlasse. Als jedoch daraufhin die Betriebsleitung erklärte, daß jeder der Streikenden sich als entlassen habe, brach alles zusammen. Man küßte neue Verhandlungen an und erbat sich drei Tage Urlaub, um streiken zu können. Der Dämon vom Betriebsrat Eckert mußte im Betriebsrat bleiben, um die Vorgänge im Betrieb zu beobachten, er hält sich zu diesem Zwecke tagsüber im Garderobenraum auf.

Gegen Sondergerichte.

Das Berliner Ortstarell des Afa-Bundes und die Berliner Gewerkschaftskommission erlassen einen Aufruf gegen die Einsetzung von Sondergerichten und fordern die Zurücknahme der diesbezüglichen Verfügung des Reichspräsidenten. Wir haben an dieser Stelle schon wiederholt unsere Bedenken gegen die Einrichtung von Sondergerichten ausgesprochen, die nur zu leicht die Tendenz annehmen, Ausnahmegerichte zu werden. Von den Befürwortern der Sondergerichte wird dem freilich entgegengehalten, daß die Verfolgung der während der Putschtage verübten Verbrechen durch die ordentlichen Gerichte für die Untersuchungsgefängnisse zunächst eine ganz erhebliche Verlängerung ihrer Haft bedeutet, ohne daß das Vertrauen gerechtfertigt wäre, die ordentlichen Gerichte würden weniger scharf verurteilen als die außerordentlichen.

Auf alle Fälle scheint es uns verfehlt, wenn die genannten Körperschaften die Gelegenheit benützen, um gegen den Reichspräsidenten den Vorwurf zu erheben, er habe mit seiner Verfügung „seine proletarische Vergangenheit und Grundzüge verleugnet“. Solche Vorwürfe sind außerordentlich billig, so billig, daß sie auch gegen die Unterzeichner des Aufrufs selbst von weiter links stehenden Elementen mit der gleichen Bequemlichkeit erhoben werden können und auch tatsächlich erhoben werden. Die Gegnerschaft gegen Sondergerichte wird sachlich stärker sein, wenn sie auf persönliche Anrempelungen, die den Bedürfnissen der parteipolitischen Konkurrenz entspringen, verzichtet.

Der Tintenkrieg gegen Kahr.

Die Reichsregierung teilt amtlich mit, die von der Entente geforderten Entwaffnungsmaßnahmen könnten überall bis auf Bayern fristgemäß durchgeführt werden. Bayern bleibe trotz „ernstester Schritte“ und „drängenden Ersuchen“ im Verzug. Ein vom Bizekanzler Dr. Heinze persönlich überbrachtes Schreiben habe ebensowenig gestruchtet wie die Erklärung, man könne Luftstände wie den Kommuniputsch in Mitteldeutschland auch ohne Einwohnervorwehren niederhalten. Obwohl eine Rückführung der bayerischen Regierung noch nicht vorläge, verharre man auf den Standpunkt, die fällige Waffenabgabe der Einwohnerwehren durchzuführen, und habe dementsprechend durch den Reichskommissar die erforderlichen Anordnungen „weitergeben“ lassen.

Was bei einem derartigen Tintenkrieg herauskommt, hat der „Simplizissimus“ einmal mehr sinnfällig als geschmackvoll dargelegt, als er den bayerischen Löwen von hinten abmalte. Im übrigen scheint es mit der ersten Kahr-Begeisterung in Bayern vorbei zu sein. In der Presse, die sich eine gewisse Selbstständigkeit gewahrt hat, kommt bereits eine gewisse Opposition zur Geltung. So schreibt das Organ der Demokraten in der Rheinpfalz, die „Pfälzische Volkszeitung“:

„Die Taktik, die die demokratische Landtagsopposition in den letzten Monaten gegenüber dem Ministerium v. Kahr eingeschlagen hat, mußte des öfteren zu schwersten Bedenken auslösen. Hat sich doch immer deutlicher gezeigt, daß Herr v. Kahr auf dem Boden einer konservativen Politik steht und von demokratischen Regierungen sich absolut nicht beeinflussen läßt. Die bayerische Demokratie müßte im Interesse einer geschlossenen Einheitsfront und einer besseren Reichspolitik den Rücktritt dieses Staatsmannes herbeiführen.“

Noch deutlicher sagt das Würzburger Organ der christlich-sozialen Arbeiter, „Das neue Volk“, seine wahre Meinung über Kahr. Es richtet an die bayerische Regierung folgende peinliche Fragen:

„Hat die bayerische Regierung mit dem französischen Generalen Dard über einen Separationsvertrag verhandelt oder nicht? Ist es wahr, daß im Oktober ein bayerischer Ministerialbeamter in Paris war, um darüber zu verhandeln?“

Das Blatt wird noch deutlicher, indem es sagt: Aus unseren Dokumenten geht hervor, daß z. B. Dr. Heim Sicherungen verlangte und Saarkohlen im Austausch gegen bayerisches Holz haben wollte. ... Wenn die Gefahr der Zerreißen Deutschlands abgewendet wurde, so verdanken wir das nicht den Münchener Politikern, sondern den Franzosen, die plötzlich diesen Deuten gegenüber umgewandelt haben.“

Es wäre in der Tat Zeit, einmal energisch in dieses bayerische Halbdunkel hineinzuleuchten.

Gegen die Erdrosselung der Parteipresse.

Die heutige Erhöhung der Papierpreise um 33 Prozent, die mit dem heutigen Tage in Kraft treten soll, veranlaßt die geschäftlichen Vertreter der Parteipresse zu folgendem Protest:

Der am 31. März d. J. in Berlin versammelte Beirat der Geschäftsführer der sozialdemokratischen Presse hat mit Empörung von der abermaligen ungeheuren Verteuerung des Zeitungspapiers vom 1. April d. J. ab Kenntnis genommen. Er ist der Auffassung, daß die Regierung unter obdlicher Verkennung der Aufgaben und der schwierigen Stellung des Zeitungsgewerbes in ganz unerschöpflicher Weise durch diese Preissteigerung den Papierfabrikanten auf Kosten der Zeitungsleser und Inferenten neue Millionen zugeführt hat. Der Beirat spricht deshalb den vom Zeitungsvollversammlung in dieser Richtung am 30. März zu Hannover aufgestellten Forderungen seine volle Zustimmung aus und macht sich diese in jeder Form zu eigen. Der Beirat ist weiter der Ansicht, daß durch die horrenden Preissteigerung ganz besonders

unserer Parteipresse bedroht wird, die die Bewirtschaftungsmaßnahmen der Regierung immer unterläßt hat. Er erwartet von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, daß diese in entscheidendster Weise gegen die Preissteigerung Stellung nimmt und sie mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln verhindert.

Die Papierfabriken gehören zu denjenigen Gewerbebezügen, die unter der Scheinkonjunktur der Nachkriegszeit am meisten profitiert haben. Phantastische Dividenden wurden für das letzte Geschäftsjahr verteilt. Die Geschäftsführer der Parteipresse, vertreten durch ihren Beirat, haben doppelt die Pflicht, auf die Gefahr hinzuweisen, die den Arbeiterzeitungen durch die neuerliche Preissteigerung droht. Wenn die Presse der organisierten Arbeiterschaft zum Erliegen käme, triumphierten die mit fremdem Gelde gespeisten kommunistischen Blätter. Das zu fördern, kann nicht Absicht einer Regierung sein, die sich zum überwiegenden Teil aus Vertretern der Demokratie zusammensetzt.

Kulturtag und Reichsregierung.

Zum Sozialdemokratischen Kulturtag in Dresden wird und nachträglich berichtend mitgeteilt:

„In dem Bericht des „Vorwärts“ über die Eröffnungssitzung des Sozialdemokratischen Kulturtags in Dresden heißt es, daß die Reichsregierung durch den Staatssekretär im Reichsministerium des Innern Heinrich Schulz vertreten gewesen sei. Das ist ein Irrtum, den ich bereits in Dresden auf der Tagung selbst richtiggestellt habe. Ich habe an dem Kulturtag lediglich als Privatperson und Mitglied des Parteivorstandes teilgenommen. Von der Reichsregierung wurde eine Einladung zur Teilnahme an dem Kulturtag mit der Begründung abgelehnt beantwortet, parteipolitische Veranstaltungen grundsätzlich nicht beabsichtigen zu wollen.“

Heinrich Schulz.

Amsterdamer Sozialistenkonferenz.

Amsterdam, 31. März. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Nachdem das Unterkomitee bis spät in der Nacht die Grundlageneiner gemeinsamen Rundgebung ausgearbeitet hatte, fanden am Donnerstag vormittag und nachmittag Plenarsitzungen der Exekutivkommission mit den Parlamentariervertretern statt, wobei in einer Generaldebatte der Entwurf des Unterkomitees eingehend besprochen wurde. Am Donnerstagabend trat das Unterkomitee nochmals zwecks Ausarbeitung der Einzelheiten der Wiedergutmachungsvorschläge zusammen. Inzwischen sind die Vertreter der „Internationale 2 1/2“ eingetroffen und nun wird eifrig eine Fühlungnahme der drei Organisationskonferenzen erstrbt. Ihr Zustandekommen ist wahrscheinlich. Die gut besuchte Konferenz der Gewerkschafter hat inzwischen begonnen. Ihre Verhandlungen sind wie die der sozialistischen Parteivertreter bis auf weiteres vertraulich.

Unser Volksbund mit Oesterreich.

Die Hauptversammlung des Oesterreichisch-Deutschen Volksbundes, die Donnerstagabend in der Philharmonie tagte, wählte zum ersten Bundesvorsitzenden einmütig und unter stürmischen Beifall den Präsidenten des Deutschen Reichstags, Genossen Böbe, der in einer begeistert aufgenommenen Ansprache die unerschütterliche und unausbleibliche Vereinigung Deutschösterreichs mit Deutschland feierte.

Vorher hatte der Versammlungsleiter Dr. Kienzl auch auf den Anabandreich Karls des Unternehmungslustigen hingewiesen, dieses vollkommenen Zerbröckeltes menschlicher und „monarchischer“ Tugenden. Kienzl erwähnte auch Ludo Harrimanns große Verdienste um die Befreiung der großdeutschen Bewegung.

Nachdem noch über die Verwendung der 15 Millionen Mark Erzebergsgeldspende und über des Volksbundes Schatzarbeit für die im Reich lebenden Deutschen des ehemaligen Oesterreich-Ungarn berichtet worden war, begann

folgende Entschliessung wurde einstimmig angenommen: „Die aus Angehörigen aller politischen Parteien bestehende Versammlung hält den Anschluß Deutschösterreichs an Deutschland für eine historische und kulturelle Notwendigkeit. Sie begrüßt deshalb, darin einig mit dem ganzen deutschen Volk im Reich, die Bestrebungen der Deutschösterreicher, ihr Selbstbestimmungsrecht zur Geltung zu bringen und erklärt es für eine Pflicht, die Brüder in Oesterreich darin mit allen Mitteln zu unterstützen. Gerade die Ereignisse der allerletzten Zeit in Ungarn haben erwiesen, daß der Anschluß Deutschösterreichs an das Reich auch eine europäische Notwendigkeit ist.“

Hartmanns Referat über die Anschlußbewegung

mit dem Hinweis darauf, daß derartige Behar-Operationen wie die von Steinamanger nur durch die Vereinigung mit Deutschland ungefährlich für Oesterreich und ganz Mitteleuropa gemacht werden können, die allein der traurigen Verlotterung drüben ein Ende machen könnte. Auch die vorher in der Anschlußfrage unzuverlässigen Christlichsozialen haben nichts besseres können — auch ihre Wähler erkennen gleich den Indifferenzen, daß es überhaupt kein Mittel für Oesterreich gibt, weiter zu leben, als allein den Anschluß. Auch die Entente konnte Oesterreich nicht vom Hunger befreien. Der harte Schicksal der Tiroler beharrt auf der Volksabstimmung. Das ist nicht einseitiger Partikularismus, denn man stimmt nicht darüber ab, ob Tirol allein zu Deutschland soll. Der auf das Selbstbestimmungsrecht gegründete Volksbund von heute ist ein schwer belagener Richter (Zustimmung), aber Deutschösterreich ist kein Willkür- und nicht so lange von ihm die Anerkennung eines Selbstbestimmungsrechtes fordern, bis sie auch das noch widerstrebende Frankreich zugeht. Das kulturelle Deutschösterreich ist kein abergläubisch-anthropopathisches Ungarn; es wird nicht nachlassen. Wir wollen, wünschen und erwarten aber die ständige Unterstützung durch die ganze öffentliche Meinung Deutschlands! Nicht mehr ein Kadaver wie Oesterreich-Ungarn, mit dem sich das alte Deutschland auf Tod und Leben verband, ist das neue national einheitliche Kultur-Oesterreich. Dieses aber will und kann nur leben gemeinsam und vereinigt mit dem ganzen Deutschland. (Stürmischer Beifall.)

Die Versammlung gestattete sich wiederum zu einer eindrucksvollen Rundgebung für die Vereinigung.

Der freie Handel in Sowjetrußland.

Riga, 31. März. (D.C.) Der Rat der Volkskommissare hat am 30. März ein Dekret veröffentlicht, wonach der freie Handel in Getreide, Kartoffeln und Heu in den meisten Gouvernements gestattet wird. Alle Institutionen, die bisher die Aufgabe hatten, die Einhaltung der gegen den Freihandel gerichteten Verbote zu überwachen, werden aufgelöst. Ferner wird die durch die Naturalsteuer zu ersaffende Getreidemenge gegenüber der bisherigen Ablieferungsveranlagung bedeutend verringert; statt der für das Wirtschaftsjahr 1920/21 veranlagten 423 Millionen Rubel sollen im Wirtschaftsjahr 1921/22 auf Grund der Naturalsteuer nur 240 Millionen Rubel abzuliefer werden. Zu bemerken ist allerdings, daß im laufenden Wirtschaftsjahr tatsächlich bisher nicht viel über 200 Millionen Rubel Getreide durch die Zwangsablieferung erfaßt worden sind. Gleichzeitig wird eine Reihe wirtschaftlicher Maßnahmen in Aussicht gestellt. U. a. hat der Oberste Volkswirtschaftsrat zur Hebung der nationalisierten Industrie 75 Milliarden Rubel bewilligt. Die Menge des ausfuhrbereiten Flachses wird sowjetamtlich mit 28 000 Tonnen angegeben.

Stegerwalds neue Zeitung mit dem Titel „Der Deutsche“ beginnt mit dem heutigen 1. April zu erscheinen.

